

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

18. Dezember 1948

Blatt 1745

## Die Stadtkassen während der Feiertage

=====

Die Stadtkassen der Gemeinde Wien bleiben vom 22. bis 24. Dezember und vom 27. bis 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Steuern keine Unterbrechung erleidet.

## Wieder durchgehender Verkehr der Linie 106

=====

Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit, daß ab Montag, den 20. Dezember, die Straßenbahnlinie 106 nach Beendigung des Kanalbaues wieder durchlaufend von der Simmeringer Hauptstraße bis zur Endstelle Simmeringer Lände geführt wird.

## Weihnachtsfeier im Städtischen Blindeninstitut

=====

"Stille Nacht, heilige Nacht" klingt immer ergreifend, am schönsten aber, wenn dieses Weihnachtslied von blinden Kindern gesungen wird. Wie alljährlich versammelten sich auch heuer in der Vorweihnachtswoche die Zöglinge des Städtischen Blinden-Erziehungs-Instituts in der Hofzeile unter ihrem Weihnachtsbaum. Die heutige Weihnachtsbescherung bleibt wohl unter den vielen Weihnachtsfeiern, die in der nächsten Woche an Wiener Schulen stattfinden werden, die schönste. Fünfundachtzig Zöglinge dieser Anstalt durften sich zusammen mit ihren Eltern über die vielen schönen Geschenke freuen, die ihnen die zahlreichen Freunde

aus Wien und dem Ausland unter den Weihnachtsbaum brachten. Auch diesmal waren die Spenden aus der Schweiz, Schweden und den Vereinigten Staaten sehr reichlich. Im Namen des Bürgermeisters Dr. h.c. Körner begrüßte die Zöglinge und ihre Eltern beim gemeinsamen Weihnachtsfest der Bezirksvorsteher des 19. Bezirkes, Schwendner.

Zu den Weihnachtsferien an den Wiener Schulen  
=====

Vom Stadtschulrat wird verlautbart:

Die Weihnachtsferien an den Wiener Schulen dauern, wie bereits bekanntgegeben, vom 24. Dezember 1948 bis einschließlich 2. Jänner 1949. Den von auswärts stammenden Schülern, die während der Weihnachtsferien zum Besuch ihrer Eltern Wien verlassen, kann jedoch für den 22. und 23. Dezember sowie für den 3. Jänner Urlaub gewährt werden.

Preise der aufgerufenen Lebensmittel  
=====

Für die Zeit vom 20. bis 26. Dezember gelten für Wien nachstehende Verbraucherpreise:

Butter:		
Teebutter	kg	22.--
Tafelbutter	"	21.30
Haferflocken	"	2.80
Hülsenfrüchte:		
Erbsen, ganz	"	1.10
Spalterbsen	"	1.20
Bohnen	"	1.50
Kartoffeln	"	-.38
Kochmehl	"	1.60
Schmalz	"	14.--
Pferdefleischkonserven	"	6.--
Trockenei	"	14.--
Trockenmilch	"	4.40
Weizengrieß	"	1.68
Zucker:		
Normalkristallzucker	"	3.20
Feinkristallzucker	"	3.34
Würfelzucker	"	3.43
Staubzucker	"	3.43
Bohnenkaffee, geröstet	"	16.50

Die Budget-Debatte im Wiener Gemeinderat  
=====

Am zweiten Tag der Budgetverhandlungen im Wiener Gemeinderat wurde die Generaldebatte über den Voranschlag 1949 mit einer Rede des Gemeinderates Marek (SPÖ) fortgesetzt: Einleitend unterstrich er die große Bedeutung der vor Jahresfrist durchgeführten Währungsreform. Die positiven Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes spiegelten sich bereits im Verlaufe des Jahres 1948 und machen sich auch im Budget für das kommende Jahr bemerkbar. Zur Finanzpolitik der Stadt Wien betonte GR. Marek, daß der Gemeinderat die Interessen der Gemeinde zu vertreten hat ohne dabei Gegensätze zum Bund zu konstruieren. Es gibt aber Interessen der Stadt, die von allen Parteien ausnahmslos verteidigt werden müssen. Im Laufe des Jahres 1948 ist es uns gelungen, eine Reihe beabsichtigter Besteuerungen, wie zum Beispiel die Besteuerung der Beförderung auf den Straßenbahnen zu verhindern. Der Bund unterhält aber noch immer in der Stadt bedeutende Unternehmungen, die von der Steuer befreit sind. Es wird unsere Aufgabe sein, den Bund aufmerksam zu machen, daß eine Vereinfachung der Manipulation in der Verwaltung zwar sehr nützlich ist, daß sie aber die Stadt Wien nicht belasten darf. Mit jedem neuen Gesetz werden der Verwaltung noch immer große Belastungen aufgelegt.

GR. Marek wendete sich dann gegen die Vorwürfe, daß der Gemeinderat den Finanzausgleich kampflos entgegengenommen hat. In seinen weiteren Ausführungen lobte er die positive Stellungnahme aller Parteien zum sozialen Wohnungsbau und bezeichnete das als eine begrüßenswerte Tatsache. Er erinnerte an die Zeiten, wo man der einstigen und der heutigen Mehrheitspartei die Bautätigkeit zu erschweren versucht habe. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaues, der in dem neuen Budget mit 172 Millionen Schilling verankert ist, allgemein anerkannt wird. Aus den Improvisationen des Jahres 1945 sind bereits 3.000 neue Wohnungen für die Wiener Bevölkerung geworden. Damit hat Wien wieder das große Erbe Hugo Breitners, der vor Jahren in aller Stille der Gemeinde 25 Millionen Quadratmeter Baugründe verschafft hatte, angetreten.

Soll die Stadt Wien aber ihre soziale Bautätigkeit fortsetzen, wird sie wieder Baugründe benötigen, denn die noch zur Verfügung stehenden Baugründe für 10.900 Wohnungen werden bald erschöpft sein. Geeignete Bauplätze im Stadtgebiet bleiben daher die grosse Sorge der Zukunft.

Wir können nicht warten, sagte GR.Marek, bis kein Quadratmeter Baufläche mehr zur Verfügung stehen wird. Wir müssen in kürzester Zeit in dieser Hinsicht neue Gesetze anstreben - etwa eine Novellierung der Bauordnung, Enteignungsmassnahmen usw. Das Bürgerliche Gesetzbuch steht solchen Massnahmen nicht im Wege. Der Redner regte an, dass die Baugrundbesitzer veranlasst werden sollen, entweder zu bauen oder ihre Gründe der Gemeinde Wien zur Verfügung zu stellen.

GR.Marek sprach ergänzend zum sozialen Wohnungsbau auch über neue Wege, die moderneren Anschauungen angepasst werden müssen. Besonders die Betreuung unserer Ältesten Mitbürger sollte nach neuen Gesichtspunkten gestaltet werden. Als Beispiel sollten jene Staaten dienen, die ihre alten Mitbürger nicht mehr in Altersheime unterbringen, sondern ihnen die Möglichkeit schaffen, die öffentliche Fürsorge auch im Kreise ihrer Familien geniessen zu können. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir im kommenden Jahr die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auffassen.

Es wurde gestern in diesem Saal der Ruf laut, dass die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Österreicher bald wieder zurückkehren mögen zu ihren Familien. Wir schliessen uns diesem Appell an. Sowohl der Herr Bürgermeister als auch StR.Afritsch, der Vorsitzende der Kriegsgefangenenkommission, haben sich um die Heimkehr der Kriegsgefangenen grosse Verdienste erworben. So können wir heute feststellen, dass von 1945 bis 1948 132.200 Österreicher aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, davon 40.885 Wiener. Wir haben gerade heute die grosse Freude, wieder von einem Heimkehrertransport aus Jugoslawien zu hören, von wo bisher 17 Transporte mit insgesamt 8572 Kriegsgefangene, darunter 1062 Wiener in Österreich eingetroffen sind.

Ich möchte hier an dieser Stelle besonders unserem Herrn Bürgermeister danken, der bei jeder Witterung unermüdlich jeden Transport unserer Heimkehrer begrüßt hat. (Allgemeiner Beifall) Unser Dank gebührt aber auch StR. Afritsch, der dafür Sorge getragen hat, daß die Kriegsgefangenenkommission nur nach den Richtlinien des Innenministeriums gearbeitet hat, und daß er verhinderte, daß diese Kommission zu irgendwelchen parteipolitischen Interessen mißbraucht wurde.

GR. Marek kam sodann auf die gestrige Rede des GR. Lauscher (KPÖ) zu sprechen, wobei er feststellte, daß es immer die alten Melodien wären, die man zu hören bekäme, und daß die Rede des GR. Lauscher, wie man aus Zeitungsberichten entnehmen könne, kaum wesentlich von der gleichfalls gestern im Parlament gehaltenen Rede des NR. Honner abweiche.

GR. Lauscher hat es gestern für richtig gefunden, die Zusammenarbeit der SPÖ und der ÖVP als "Schicksalsgemeinschaft" zu bezeichnen. Darauf möchte ich erwidern, daß eine Zusammenarbeit in solchen Notzeiten wohl für jedermann, außer für die Kommunisten verständlich, sei. Im übrigen kenne er aber nur eine Schicksalsgemeinschaft, und daß sei die aller Österreicher und aller Wiener. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Wir bedauern, daß uns die Kommunisten immer wieder der Russenhetze bezichtigen. Wir sind Demokraten und als solche anerkennen wir die großen Aufbauerfolge der Sowjetunion und das dort herrschende System. Aber als Demokraten muß man uns auch das Recht zuerkennen, darauf hinzuweisen, wenn etwas nicht demokratisch und nicht sozialistisch ist.

Es sei aber bezeichnend für die Kommunisten, jede Schwierigkeit, der wir uns gegenübersehen, mit einem Freudengehül zu begrüßen und sie in den Spalten ihrer Zeitungen fett aufzumachen. Sie sollen aber nicht vergessen, daß sie hier in dieser verwaltenden Körperschaft mit ihre Plätze einnehmen und nicht in der Opposition seien. Sie hätten hier deshalb auch die volle Mitverantwortung zu tragen. Mit Forderungen allein, die durch die Not der Zeit nicht erfüllbar sind, sei daher nichts getan.

GR. Marek kam sodann auf die politische Linie der ÖVP zu sprechen, die er als gefährlich bezeichnete. Man hätte mehr als einmal gesehen, wohin es führe, wenn eine Gesellschaft den Boden der Demokratie verläßt und den Anspruch auf Totalität anmeldet. Ausdrücke in verschiedenen Reden von VBgm. Weinberger und Staatssekretär Graf, in denen von der "Schlacht um Wien" und "wir werden den Widerstand der Linken brechen, wann wir wollen" weisen sehr eindringlich auf diese Gefahr hin. (Zwischenruf von der ÖVP: Sind Sie aber schon nervös vor den nächsten Wahlen!) Ein Jahr 1934 dürfe sich nicht mehr wiederholen. Es sei daher auch erfreulich, daß in der Werbeaktion der SPÖ, die in den vergangenen Wochen durchgeführt wurde, unter den über 61.000 neuen Mitgliedern neben Arbeitern und Angestellten auch Direktoren zu finden sind. (Zwischenruf von VBgm. Weinberger: Mir sind die Arbeiter lieber!)

Die ÖVP scheine sich den Einfluß der SPÖ in der Regierung so vorzustellen, daß die sozialistischen Minister in einem Glaskasten, in einem luftleerem Raum, sitzen würden, umgeben von den Herrn Sektionschefs und sonstigen hohen Beamten. Und es wäre der ÖVP recht, wenn der Einfluß der SPÖ erst bei den Bürodienern beginnen würde, der dann nur bis hinunter zur Scheuerfrau reichen soll. Wir werden uns aber bemühen, unseren Einfluß noch mehr als bisher geltend zu machen. (Beifall bei der SPÖ).

GR. Marek kam nochmals auf das Budget zu sprechen und betonte, daß man die Geduld der arbeitenden Menschen in der Ertragung finanzieller Lasten nicht bis zur Neige anspannen dürfe. Es sei deshalb in Zukunft nicht mehr tragbar, daß die Hauptlast die Arbeiter und Angestellten zu tragen hätten. Auch die Abschaffung der Sondermaßnahmen, wie das Kartensystem, bleibe das Ziel der Sozialisten.

Mit einem Dank an St.R. Resch für das große kommunale Werk des konstruktiven Voranschlages für das Jahr 1949 schloß GR Marek seine Ausführungen. Dieser sei ein erfreuliches Zeichen der Gegenwart. "Wir werden den hier beschrittenen Weg weitergehen, denn wir wissen, daß die Sonne der Freiheit auch für Österreich wieder scheinen wird und daß wir weiter vorankommen werden auf dem Weg zu unserem Ziele, alle Menschen teilhaben zu lassen an den sozialen Errungenschaften unserer Zeit. Auf diesem Wege soll der Voranschlag 1949 ein Meilenstein sein!" (Starker Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort widerlegte StR. Resch im einzelnen die verschiedenen Kritiken der Debattenredner, die auf einer irrtümlichen Auffassung oder falschen Auslegung der Vorschlagsziffern beruhten.

Zu der Benachteiligung Wiens durch die Abgabenteilung stellte Stadtrat Resch fest, daß die Auseinandersetzung im kommenden Jahr nicht bloß eine Auseinandersetzung zwischen Wien und dem Bund sondern im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen Wien und den anderen Ländern Österreichs sowie den übrigen Gemeinden des Bundesgebietes sein wird.

Die Präliminierung der Gewerbesteuer die im Jahr 1947 mit 111 Millionen und für das Jahr 1949 mit 66 Millionen angesetzt ist, erscheint deshalb so nieder, weil im Jahr 1947 in großer Höhe Vorauszahlungen vor Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes einliefen. Außerdem wurden im Jahr 1947 viele Steuerrückstände bezahlt, weil der Bemessungsapparat der Gewerbesteuer in den Jahren 1945 und 1946 noch nicht so gut funktionierte. Dazu kommt noch, daß seit 1. Jänner 1948 das Gewerbesteuerzerlegungsgesetz in Kraft ist, und dessen Auswirkungen gegenwärtig noch nicht abgeschätzt werden können.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Feststellung des GR. Dr. Soswinski, daß die Spareinlagen gesunken seien, und bewies an Hand von Zahlenmaterial der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, daß die Summe der Spareinlagen sogar stark gestiegen ist.

Auch die veranschlagte Einnahmensteigerung des Voranschlages ist nur scheinbar so hoch, weil erst im Vorjahr eine große Zahl von Steuern erhöht bzw. neu beschlossen wurde, die jedoch im Voranschlag für 1948 nicht enthalten waren. Stellt man dies in Rechnung, so beträgt die tatsächliche Steigerung nicht 65 Prozent, sondern nur 15.1 Prozent.

Zu den Ausführungen über den Marshallplan stellte StR. Resch richtig, daß die Lieferungen im ersten Jahr des Inkrafttretens des Marshallplanes unentgeltlich erfolgen.

Stadtrat Resch gab sodann die Versicherung ab, dass er mit der Ermächtigung des Gemeinderates Ausgaben zu sperren, wenn es die Kassenlage erfordert, keinen Missbrauch treiben werde, und den Gemeinderat von einer solchen Sperrung benachrichtigen werde.

Im weiteren stellte der Redner fest, dass in der Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung die Ausgaben 2.1 Millionen höher angesetzt wurden, als in diesem Jahr, das ist ein Betrag, um den 140 Wohnungen gebaut werden könnten. Auf diese Wohnungen verzichtet die Gemeinde, um für Kultur und Volksbildung mehr ausgeben zu können als im Jahr 1948. Das ist wohl ein Zeichen, dass auch auf diesem Gebiet das Möglichste getan wurde.

Zu den Anregungen der GR. Hiltl über das Hafenprojekt teilte Stadtrat Resch mit, dass dafür hunderte Millionen Schilling notwendig seien, und die Gemeinde Wien allein diesen Betrag selbstverständlich nicht aufbringen kann. Es wurden daher Verhandlungen mit dem Bund eingeleitet, und bei einer Sitzung, der auch Handelsminister Dr. Kolb beiwohnte, bereits erklärt, dass der Bund gemeinsam mit der Gemeinde die Möglichkeiten der Durchführung des Hafenprojektes studieren werde. Im allgemeinen muss jedoch gesagt werden, dass dieses Projekt wie auch die Aufschliessung des Gebietes am linken Donauufer, Auslagen erfordern würde, die zur Zeit nicht gemacht werden können. Dasselbe gilt auch für die Verbesserung des Verkehrsnetzes und der U-Bahn.

Dann stellte StR Resch auch fest, dass der Zins in den neuen Siedlungsanlagen, obwohl deren Bau viel Geld gekostet hat, für eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Wirtschaftsraum, Bad, Geräteraum, Klosett und 2 Nebenräumen, im äussersten Fall nicht höher als 70 bis 75 Schilling sein werde.

Zum Schluss beschäftigte sich StR Resch damit, dass sich die kommunistische Partei immer wieder auf die Zeugenschaft grosser Männer beruft, die nicht ihrer Partei angehört haben. Er stellte fest, selbst ein grösseres Recht zu der Berufung auf StR Breitner zu haben, dessen Schüler und dessen Mitarbeiter er mehr als ein Jahrzehnt lang war.

Zum Voranschlag selbst betonte St.R. Resch zusammenfassend, daß trotz vielen differenzierten Auffassungen in einzelnen Fragen alle Parteien erklärt haben, dem Budget zustimmen zu wollen. Er werte das als Anerkennung für die Bemühungen, seit 1945 eine saubere Verwaltung, die durch den Faschismus zerstört wurde, wieder einzurichten. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, einstimmig angenommen.

Es wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, eingegangen. Amtsführender Stadtrat, Vizebürgermeister Honay (SPÖ) führte u.a. aus:

Bevor ich auf den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten zu sprechen komme, will ich dem Gemeinderat vorerst einen kurzen Bericht über die umfangreichen Arbeiten erstatten, die im Personalreferat in diesem Jahre geleistet wurden. Hier steht an erster Stelle das große Werk der Pragmatisierung unserer Arbeiter und Angestellten. Nach dem Stand vom 16. Dezember wurden in diesem Jahre beim Magistrat 7.033 Bedienstete pragmatisiert. Dazu kommen noch 12.971 bei den Verkehrsbetrieben, 2.615 beim Elektrizitätswerk, 2.010 beim Gaswerk und 155 bei der Bestattung. Das sind insgesamt 24.784 Beamte und Arbeiter, die nunmehr ihre Stellung gesichert haben. Das Personalreferat hat daneben aber auch in diesem Jahr sehr komplizierte und umfangreiche Arbeiten durchgeführt. Besonders hervorgehoben muß die Änderung der Dienst- und Gehaltsordnung werden. Die Neuregelung des Vertragsbedienstetenrechtes wurde dem Vertragsbedienstetengesetz des Bundes nachgebildet, wobei gewisse Abweichungen, vor allem in dem Entlohnungsschema vorgenommen wurden. Durch Gemeinderatsbeschlüsse wurde ein Kollektivvertrag mit den Angestellten der Gewista festgelegt, sowie ein Zusatzübereinkommen für die Arbeiter des Landwirtschaftsbetriebes genehmigt. Das Lohn- und Preisabkommen für die Beamten und Vertragsbediensteten der Gemeinde hat dem Personal des Referates eine bedeutende Mehrarbeit gebracht. Dazu kommen noch viele Beschlüsse, die sich auf die Entlohnung der nebenberuflichen Ärzte, der Hausinspektoren, der Vertragsbediensteten im Landesernährungs- und Hauptwirtschaftsamt, der Lehrkräfte und Assistenten der Modeschule, das Pflegepersonal,

sowie auf die Neuregelung der Nebenbezüge für Bedienstete des Schemas I und II beziehen. Viele dieser Vorlagen haben den Gemeinderat, der grösste Teil aber den Gemeinderatsausschuss und die Personalkommission beschäftigt. Der Personalausschuss hat in diesem Jahr 19 Sitzungen abgehalten, in denen 1.497 Geschäftsstücke erledigt wurden. Die Personalkommission hielt 13 Sitzungen und hat 1.012 Geschäftsstücke erledigt. Ich erachte es für meine Pflicht den Mitgliedern der beiden Körperschaften für ihre verständnisvolle Mitarbeit und nicht zuletzt auch allen beamteten Mitarbeitern meines Ressorts für ihre grosse Mühe und gewiss nicht immer leichte Arbeit Dank zu sagen.

Durch die verschiedenen im Jahre 1948 erfolgten Zuwendungen ist der Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1948 im Jahre 1949 von 341.7 Millionen auf 421.4 Millionen gestiegen. Das ist eine Steigerung um rund 23%. Der Personalaufwand beträgt nunmehr rund 37% des ordentlichen Budgets oder 33.6% des gesamten Budgets. Er hat nach dem Voranschlag für das Jahr 1948 eine kleine Verminderung erfahren, nämlich von 39.7, wie schon erwähnt auf 37%.

Die grösste Steigerung weisen die Nebenbezüge auf. Sie sind von rund 6 Millionen auf 13 Millionen gestiegen. Die Hauptbezüge sind von 268.2 Millionen auf rund 322 Millionen gestiegen. Auch die Ruhe- und Versorgungsgegenstände haben sich von 46.1 Millionen auf 54.2 Millionen erhöht. Nach den Voranschlägen der Hoheitsverwaltung und der Städtischen Unternehmungen wird die Gemeinde Wien in allen Zweigen ihrer Verwaltung im Jahre 1949 rund 695.4 Millionen Schilling an Löhnen und Pensionen bezahlen. Nach dem Voranschlag für 1948 waren es 588.5 Millionen Schilling. Daraus allein ist schon ersichtlich, welche grosse Bedeutung die Stadt im Wirtschaftsleben der Republik hat. Die Personalstände haben gegenüber dem Jahre 1947 nach der Einleitung zum Voranschlagsentwurf eine Vermehrung um 1228 Personen erfahren.

Dazu ist folgendes zu bemerken: In der Ziffer des Jahres 1947 sind 795 Personen und zwar 249 Flurhüter, 429 nicht vollbeschäftigte Reinigungspersonen, 35 in der Kriegsgefangenenfürsorge und 82 in der Flüchtlingsfürsorge beschäftigte Bedienstete nicht gezählt worden, während sie in den Zahlen für 1948 enthalten sind. Der Personalstand am 1. August 1947 muß daher statt mit 38.141, mit 38.936, das ist eben um 795 Personen höher, angesetzt werden. Im heurigen Jahre sind in der angegebenen Zahl folgende Bediensteten-Gruppen enthalten: 200 ärztliche Aspiranten, die der Gemeinderat erst als besoldete Angestellte Ende 1947 geschaffen hat und im Jahre 1948 erstmalig ernannt wurden, weiters eine Auffüllung des Standes der Pflegerinnen um 250 Personen, weiter eine Vermehrung der Küchenhilfen um 100 Personen, die durch den Übergang vom 10-Stunden- auf den 8-Studentag bei diesem Personal notwendig geworden ist und schließlich 250 Saisonarbeiter, die heuer mehr als im Vorjahr beschäftigt wurden. Wenn diese 800 neugeschaffenen, bzw. neubesetzten Posten in der Statistik berücksichtigt werden, so ergibt sich, daß im Personalstand gegenüber dem Vorjahr in den übrigen Personalständen eine Verminderung um rund 360 Personen eingetreten ist. Seit 1. August 1948 bis heute hat sich der Personalstand noch dadurch gesenkt, daß den ungefähr 600 vorgenommenen Pensionierungen nur ganz geringfügige Aufnahmen von Fachkräften gegenüberstehen, die im Wege des Personalausgleichs aus den vorhandenen Überständen nicht besetzt werden konnten.

Der Referent erläuterte dann an Hand von Zahlen den Personalüberstand gegenüber dem Jahre 1938. Nach den letzten Ausweisen sind rund 10.800 Personen mehr beschäftigt, davon sind 5.932 Angestellte, deren Aufnahme durch die Übernahme der Fondskrankenanstalten in das Eigentum der Gemeinde Wien notwendig geworden ist, weiter 2.100 Angestellte des Landesernährungsamtes und ungefähr 600 Bedienstete, die durch die Eingliederung der Bezirke 22 bis 26 und somit der in den Gemeindeverband eingegliederten Bezirksvorstellungen, Ortsvorstellungen, Magistratischen Bezirksämter usw. eine Personalvermehrung hervorgerufen haben. Ferner hat die Gemeinde Wien die Berufsschulen übernommen, hier sind 529 Menschen beschäftigt. Durch die Kommunalisierung der Büchereien und durch die Übernahme der Mode- und Musikschule sind 148 Personen in den Gemeindedienst neu eingestellt worden.

Bis 30. November 1948 wurden in diesem Jahr beim Magistrat 840 und bei den Städtischen Unternehmungen 617 neu eingestellt; insgesamt sind also in den 11 Monaten dieses Jahres 1457 Personen neu in den Gemeindedienst gekommen. Von den 617 bei den Städtischen Unternehmungen Neueingestellten kommen allein 518 auf die Verkehrsbetriebe. Darunter sind nicht weniger als 280 Heimkehrer. Insgesamt haben wir heuer 501 Heimkehrer in den Gemeindedienst eingestellt, was gewiß überaus begrüßenswert ist.

Die Gemeindeverwaltung hat heuer alles darangesetzt, den unliebsamen Zustand zu beseitigen, daß die außer Dienst gestellten Nationalsozialisten, die einen, wenn auch geringen Bezug erhalten haben, weiterhin in ihrer dienstlichen Stellung ungeklärt bleiben. Die bei neuerlicher Überprüfung für den Dienst tragbaren Bediensteten wurden wieder in Verwendung genommen, die nicht tragbar Befundenen wurden je nach ihrer Dienstzeit mit oder ohne Pension ausgeschieden. Es ist noch eine verhältnismäßig kleine Zahl vorhanden; ihre Fälle stehen in Behandlung und werden, soweit nicht ausstehende Entscheidungen der Beschwerdekommision dies verhindern, schon in den nächsten Wochen zur Erledigung gebracht.

Die Stadtverwaltung hat sich in der Besoldungspolitik gegenüber den städtischen Bediensteten auch heuer im Rahmen der Beschlüsse des Bundes bewegt. Erst gestern hat in der Frage der Weihnachtswendung hier im Rathaus eine Geschäftsleitungssitzung des Städtebundes getagt. Der Herr Bürgermeister, der Finanzreferent und auch ich selber haben dort erklärt, daß Wien und die übrigen Städte Österreichs in der Frage der Weihnachtswendung keinen anderen Standpunkt einnehmen können als der Bund. Wir haben volles Verständnis für die Forderungen der städtischen, wie überhaupt der öffentlichen Bediensteten nach materieller Besserstellung. Wir begreifen auch, mag man sich zu Sonderzahlungen im Prinzip stellen wie man will, daß gerade die Bediensteten der Stadt Wien - die schon seinerzeit Sonderzahlungen bezogen haben - diese wieder fordern. Wir sind aber andererseits der Meinung, daß bei der gegebenen Situation der Staatsfinanzen und der Abhängigkeit der Länder und Gemeinden von den Finanzen des Staates eine Sonderpolitik der Länder und Städte vermieden werden muß.

In der Generaldebatte wurde auch die Durchführung der Verwaltungsreform gefordert. Schon der Finanzreferent hat darauf hingewiesen, daß die Gemeinde als obersten Grundsatz gelten lassen

soll, dass mit möglichst wenig Personal die grösstmögliche Leistung erzielt werden soll. Dies muss zwangsläufig dazu führen, dass nur die unbedingt notwendige Zahl von Angestellten und Arbeitern beschäftigt wird, diese aber entsprechend gut besoldet werden. Es besteht keineswegs die Absicht einen wahllosen Zwangsabbau vorzunehmen. Es darf aber nicht übersehen werden, dass durch die Lockerung der Bewirtschaftung vieler Artikel, die immer mehr fortschreitet, eine grosse Zahl von Angestellten unseres Ernährungsamtes überflüssig wird. Wir beschäftigen noch immer im Ernährungs- und Wirtschaftsamt rund 2000 Personen. Ich kann heute nicht sagen, ob eine so grosse Anzahl von überflüssig werdenden Bediensteten in den übrigen Gemeindeapparat eingeschaltet werden kann. Hier wird wohl nach sozialen Gesichtspunkten ein Ausgleich geschaffen werden müssen. Ich kann mir vorstellen, dass man in den kriegswirtschaftlichen Ämtern Pensionisten und andere Angestellte, deren Lebensgrundlage auch ohne diese Stellung gesichert ist, dann ausscheidet, wenn für sie keine Beschäftigung mehr vorhanden ist. Ich teile dem Gemeinderat mit, dass ich als Personalreferent insbesondere häufig Angriffen ausgesetzt bin, weil oft aus einer Familie mehrere Mitglieder im Gemeindedienst stehen. Dies wird bei Ansuchen um Neueinstellung von Leuten aus deren Familienkreis niemand bei der Gemeinde angestellt ist, zum Anlass einer wohl nicht ganz unberechtigten Kritik genommen. Wir werden auf lange Sicht keine Neueinstellungen, vielleicht mit Ausnahme gewisser Fachkräfte, Pflegerinnen, Fürsorgerinnen vornehmen können. Der natürliche Abfall durch Pensionierungen usw. wird im Wege des Personalausgleiches ergänzt werden. Dadurch schaffen wir die Möglichkeit gute Arbeitskräfte, die in ihrer gegenwärtigen Stellung überflüssig geworden sind, auf freigewordene Posten zu bringen. Es muss im kommenden Jahr alles unternommen werden, um durch Verwaltungsvereinfachung, vermehrte Arbeitsdisziplin und strengste Überprüfung der Personalstände von innen heraus die Verwaltung zu reformieren. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits im Gange. Sollen sie das gewünschte Resultat zeitigen, dann muss die Verwaltung dabei im weitesten Ausmass von allen in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere aber von den Vertrauenspersonen der Angestellten- und Arbeiterschaft der Gemeinde Wien unterstützt werden.

Nur in einer solchen, auf den Grundlagen der Demokratie liegenden Zusammenarbeit, kann ohne große Widerstände eine zielbewusste Verwaltungs- und Betriebsreform durchgeführt werden. In **gemeinsamen** Zusammenwirken werden wir auch dieses gewiß nicht leichte Werk im Interesse des Volkes von Wien, aber auch im Interesse der Beamten, Angestellten und Arbeiter unseres Gemeinwesens vollbringen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

In der Spezialdebatte sprach als erster GR. Dr. Altmann (KPÖ). Er betonte, daß die Personalpolitik der Stadt Wien eine soziale sein müsse u. zw. nicht nur im öffentlichen Dienst. Die Stadt Wien müsse auch der gesamten Wirtschaft gegenüber als sozialistischer Dienstgeber erscheinen.

GR. Dr. Altmann erinnerte in seinen weiteren Ausführungen an die Jahre 1919 bis 1934, an die Jahre in denen Hugo Breitner die große Tradition einer sozialen Personalpolitik geschaffen hatte. Die Zahl der Gemeindeangestellten gestaltet die soziale Frage als eine der wichtigsten. Wir müssen heute anerkennen, daß die öffentlichen Angestellten zu Zeiten der ersten Republik den anderen Angestellten weit voran waren. GR. Altmann polemisierte mit den Ausführungen des Vizebürgermeisters Honay, der seinerzeit gesagt habe, daß er die Berechtigung der Forderungen auf eine Sonderzahlung an die Gemeindebediensteten anerkennt. Der Redner gab auch zu, daß sich die Stadt Wien bemüht, als sozialer Arbeitgeber zu gelten und führte als Beispiel das neue Dienstrecht der Stadt Wien und die Durchführung der Pragmatisierungen an. Trotz der vielen Provisorien handelt es sich hier um einen sozialen Fortschritt, wenn auch nicht Einzelheiten sondern nur das Ganze als entscheidend gelten kann.

Dr. Altmann erinnerte an die Zeiten, in denen die fortschrittliche Gemeinde Wien den Kampf gegen eine Bundesregierung führte, als sich <sup>diese</sup> nur für die Interessen der Besitzenden einsetzte. Heute ist von solchem Kampf nichts zu sehen, denn die Stadt Wien hat sich der Finanzpolitik des Bundes angeschlossen.

Im Rahmen der Schicksalsgemeinschaft dieser Koalitionspolitik werden nicht mehr die Interessen der Angestellten vertreten, und die Stadt Wien betreibt auch nicht mehr eine Sozialpolitik, die für den ganzen Staat beispielgebend wäre. Die Gehälter der öffentlichen Angestellten sind so niedrig, daß sie nicht einmal den dringendsten Lebensnotwendigkeiten gerecht werden.

Heute kann man sich nicht vorstellen, sagte GR. Dr. Altmann weiter, daß StR. Resch, der Schüler Breitners, sich für eine soziale Besserstellung der Gemeindebediensteten einsetzt. Der Stadt Wien fehlt dazu auch die Möglichkeit, denn ihre Politik zielt nicht auf die Vertretung der arbeitenden Massen hin. Als Beispiel dafür führte der Redner die Frage der Weihnachtswendungen an. Er erinnerte, daß eine Reihe seiner Anträge, die sich mit dem dreizehnten Monatsgehalt befassen, seinerzeit als Demagogie niedergestimmt wurden. Er erklärte, daß der Gemeinderat derzeit von der Ablehnung zur Behandlung dieses Themas gelangt ist. Er bezeichnete dies als wenigstens einen optischen Effekt.

GR. Dr. Altmann behandelte abschließend die Forderungen der Gemeindebediensteten und stellte fest, daß nach der Durchführung des zweiten Lohn- und Preisabkommens eine Preiserhöhung und zugleich ein Absinken des Realeinkommens eingetreten ist. Derzeit gehören die öffentlichen Angestellten zu den schlechtbezahltesten Kategorien. Die Gemeinde Wien hat sich aber im Kampf um ihre Forderungen nicht an die Spitze ihrer Angestellten gestellt und nimmt Zuflucht zu den Ausreden auf den Bund. Die 140 Schillinge, die als Weihnachtzulage ausbezahlt werden, sind weniger als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Eine Unverfrorenheit ist es, die Mittel für diese Zuwendung durch die Einführung von Massensteuern, die noch dazu dreimal höher sind als das gegebene Zugeständnis an die Angestellten, einzutreiben. Es sei eine Schande, daß einige Bundesländer und Gemeinden in der Frage des dreizehnten Monatsgehaltes der Gemeinde Wien als Beispiel gelten müssen. Der Gemeinderat hat die Pflicht, seine Meinung zu dieser Angelegenheit offen auszusprechen. Zum Abschluß wendete sich der Redner an den Gemeinderat mit zwei Resolutionen. Die eine stellt fest, daß der Gemeinderat die Auszahlung eines 13. Monatsgehaltes noch in diesem Monat für eine unbedingte Notwendigkeit hält. Der zweite Antrag fordert alle verantwortlichen Stellen der Gemeinde auf, insbesondere gegenüber der Bundesregierung für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der öffentlichen Angestellten einzutreten.

(Fortsetzung des Berichtes auf Blatt 1762)

Lebensmittel		Normalkarten					Zusatzkarten				
		K1st	K1k	K	Jgd	E	Sst	S	A	Jgd/Z	M
		0-3	3-6	6-12	12-18	üb. 18	Schwerstarb.	Schwerarb.	Arbeiter	Jgd-Zusatz	Mst. Mütter
		Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.
Brot	g	100 1/4	500 1/4	500 1/4	500 1/4	500 1/4	1650 37	1300 37	400 37		
- " -	"		300 1/2	500 1/2	500 1/2	500 1/2					
- " -	"			200 2/3	500 2/3	500 2/3					
- " - (Brotkleinabs. 4. Woche)	"	200 1/2 St	200 1/2 St	500 10 St	800 16 St	800 16 St					
Weißes Kochmehl	"	150 1/4	150 1/4	150 1/4	150 1/4	150 1/4					
a) Weiße Feigwaren	"	140 37	140 37	140 37	280 37	280 37					
b) Schweinefleisch	"	100 11	150 11	150 11	100 11	100 11					
- " - (Fleischkleinabs. 4. Woche)	"		50 1 St	50 1 St	100 2 St	100 2 St					
b) Kabeljau	"			150 12	300 12	300 12	400 38	400 38	150 38		300 38
§) Fett	"	§	§	§	§	§	§	§			§
b) Haferflocken	"		200 33	200 33	200 33	200 33	110 41	110 41			110 41
- " - (Nährmittelabschnitt)	"		100 1/2	100 1/2	100 1/2	100 1/2					
b) Weißes Kochmehl	"	110 36	150 36	150 36	220 36	240 36	110 43				
d) Kindernährmittel	"	x									
e) Zucker	"	220 34	220 34	220 34	220 34	220 34				x	100 42
- " - (Zuckerkleinabs. 4. Woche)	"	100 10 St	100 10 St	100 10 St	100 10 St	100 10 St					
f) Ölsardinen	"										110 44
g) Fischmarinaden	"						500 42	500 42	200 42		
Hülsenfrüchte	"						400 40	400 40	300 40		
Frischmilch täglich	l	3/4	1/2	1/4							1/2
h) Magermilch pro Woche	"				6/8	2/8					
i) Kartoffeln (KARTOFFELK. 48/55)	g	700 45	1400 45	1400 45	1400 45	1400 45	700 46	700 46	700 46		
TAGESKALORIENDURCHSCHNITT		1206	1566	1922	2103	2101	3369	3097	2507	2203	2622

- a) Ausgaben nach der Mehlayonierung; Bezugsabschnitte sind abzutrennen und zu verrechnen!
- b) Abschnitte 11, 12, 33, 36 u. 37 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
- §) Ergänzungsaufruf von Fett (Butter) erfolgt in einigen Tagen
- c) Ausgabe nach der Nährmittelrayonierung
- d) In der Vorwoche für zwei Wochen aufgerufen
- e) Für werktätige Jugendliche bereits aufgerufen
- f) Ausgabe in Fischgeschäften; 110 g = eine Dose
- g) Ausgabe in Lebensmittelgeschäften
- h) Für Jugendliche auf die Milchkarte, für Erwachsene auf den Kundenausweis
- i) Für Einlagerer bereits aufgerufen
- \*) Abschnitte sind zu entwerten, alle übrigen abzutrennen!

### Ausgabe der neuen Zusatzkarten in den Kartenstellen

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage werden die Lebensmittelzusatzkarten der nächsten Versorgungsperiode durch die Kartenstellen bereits ab Montag, den 20. Dezember, ausgegeben.

Die Ausgabe erfolgt nach den Anfangsbuchstaben der Namen und zwar A - G am Montag, H - K Dienstag, L - O Mittwoch, P - Sch Donnerstag und St - Z am Freitag. Ausgabezeit am Mittwoch von 8 - 15 Uhr, Freitag von 9 - 11 Uhr, an den übrigen Tagen von 10 - 16 Uhr.

Die Anforderungslisten sind in zweifacher Ausfertigung abzugeben. Jugendliche sind in der gleichen Anforderungsliste, getrennt von den übrigen Zusatzkartenbeziehern, unter Angabe des Tages, Monates und Jahres der Geburt anzuführen.

### Sperrstundenverlängerung

=====

Mit Zustimmung des Militärkommandanten der Stadt Wien wird die Sperrstunde für Vergnügungslokale, die eine Publikums-tanzkonzession besitzen oder Musiker beschäftigen, ab sofort für die Bezirke 2 bis 26 probeweise bis 1. März 1949 bis 4 Uhr früh verlängert.

Da die Sperrstunde im 1. Bezirk bereits für 4 Uhr festgesetzt wurde, gilt bis 1. März einheitlich in ganz Wien für die genannten Veranstaltungsbetriebe die 4 Uhr-Sperrstunde.

(Fortsetzung von Seite 1759)

Als nächster Redner kam in der Spezialdebatte der Gruppe I GR. Dkfm. Dr. Hohl (ÖVP) zu Wort. Er wies darauf hin, dass Umfang und Kosten dieses Kapitels, die Bevölkerung besonders aufmerksam machen und dass sie daher bei den öffentlichen Angestellten zwei Voraussetzungen erfüllt wissen möchte: Erstens, dass die Angestellten die volle fachliche Eignung besitzen, die nur durch eine Fachprüfung festgestellt werden kann und darf. Und zweitens, dass die volle moralische Eigenschaft für dieses Amt bei ihnen vorhanden sein muss. Zur Ehre der öffentlichen Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien muss festgestellt werden, dass die überwiegende Mehrzahl von ihnen diese Forderungen voll und ganz erfüllen. (Beifall bei der ÖVP).

Leider sei aber bei einzelnen Dienststellen in der Frage der moralischen Eignung ein Standpunkt eingenommen worden, der nicht allgemein vertreten werden kann. Auch die Bestrafung von Dienstvergehen, wie beispielsweise der Empfang von Damenstrümpfen als Geschenk, sei nicht diesem Vergehen entsprechend geahndet worden. Ein solches Verhalten der Dienststellen muss als nicht zulässig bezeichnet werden.

Durch das monatelange Liegenbleiben von Anträgen bei der Schlichtungsstelle konnte ferner eine grössere Anzahl von Hausreparaturen vor Einbruch des Winters nicht mehr durchgeführt werden, was zur Folge hat, dass im nächsten Jahr diese Arbeiten mit erhöhten Kosten durchgeführt werden müssen. Dies sei zu einem grossen Teil auf das Fehlen von Kanzleipersonal in den Abteilungen der Baupolizei und des Bauamtes zurückzuführen. Dabei hat die Gemeinde aber zuviel Kanzleipersonal. Es sei daher rasch ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.

Ein weiterer Fehler der Personalpolitik sei, die Beamten der Aussenstellen als Beamte zweiter Kategorie zu behandeln. Dadurch kann der Fall eintreten, dass diese die Akten nicht in jener Weise erledigen, die wir gerade von öffentlichen Angestellten unbedingt verlangen müssen.

Zwei weitere grosse Probleme seien das der Verwaltungsreform und das der Bezüge der Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien.

Wir wissen, betonte GR. Dr. Hohl, daß mit der kommenden notwendigen Verwaltungsvereinfachung Härten verbunden sein werden. Es darf dabei aber keinerlei Zwang ausgeübt werden, und soziale Rücksicht muß in jedem Falle bestimmend sein. Daß die Bezahlung der öffentlichen Angestellten schlecht und unzureichend ist, wissen auch wir und treten daher für eine Gehaltserhöhung ein. Diese muß aber dem Rahmen der Wirtschaft eingepaßt werden und darf diesen nicht sprengen.

GR. Hohl kam sodann auf die Schicksalsgemeinschaft zwischen ÖVP und SPÖ zu sprechen, die sein Vorredner, GR. Dr. Altmann, heftig angegriffen hatte und betonte, daß die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien von Verantwortungsbewußtsein und von dem Bekennen zu Österreich bestimmt sei. Auf dieser Grundlage haben sich die Männer der beiden großen Parteien gefunden.

Es ist sehr leicht, wie es der Vorredner getan hat, Forderungen zu stellen. Dr. Altmann sei aber kein Utopist und er wisse sehr genau, daß diese unerfüllbar seien. Man könne daher sagen, daß es seiner Partei nur darum gehe, alles zu tun, was Österreich schadet. Durch die Politik der Lizitation wollen sie den Ruin unseres Landes herbeiführen, weil sie genau wissen, daß nur in einem Lande, in dem die wirtschaftlichen Grundlagen zerstört sind, Platz für ihre Anschauungen ist.

Wir sind aber davon überzeugt, daß es in Zusammenarbeit gelingen wird, das Schiff Österreich in den sicheren Hafen zu bringen. (Beifall bei den Fraktionskollegen.)

Als nächster Redner in der Spezialdebatte sprach GR. Weigelt (SPÖ). Er stellte gleichfalls fest, daß es den städtischen Angestellten wie allen, die gegen <sup>festen</sup> Lohn arbeiten, heute schlecht geht. Er verwahrte sich aber gegen die Behauptung, daß die städtischen Angestellten am schlechtesten daran sind. Man müsse doch bedenken, daß die Pension der städtischen Angestellten etwas ist, um das sie von tausenden Arbeitern beneidet werden.

Der Redner betonte dann, daß 12.000 Angestellte, obwohl damit finanzielle Verluste verbunden waren, sich pragmatisieren ließen, stellte aber gleichzeitig fest, daß ein Teil

dieser Verluste von der Gemeinde Wien getragen wird. 80 Prozent der Angestellten haben außerdem durch die neue Dienstordnung keinen Verlust sondern eine Verbesserung erhalten. Schließlich müssen auch die Familienzulagen, die die Gemeindeangestellten bekommen, in Rechnung gestellt werden.

Zu der Frage des 13. Monatsgehaltes erwiderte GR. Weigelt seinem kommunistischen Vorredner, daß jeder in diesem Saal die Berechtigung der Forderung nach einem 13. Gehalt anerkenne; doch bleibt eben die Frage der Bedeckung offen, wober sich natürlich die Vertreter der kommunistischen Fraktion keine Gedanken machen. GR. Weigelt betonte, daß er den Mißmut, der bei den öffentlichen Angestellten besteht, volles Verständnis entgegenbringe, besonders wenn andere Stellen den 13. Monatsgehalt schon lange auszahlen. Dort liegen aber eben die Verhältnisse anders.

GR. Weigelt beschäftigte sich auch mit dem großen Personalstand, der aus der Nazizeit übernommen werden mußte. Er vertrat zur Lösung dieses Problems den Weg der Umschulung und damit der langsamen Reduzierung der Zahl der städtischen Angestellten, sprach sich aber entschieden gegen einen Zwangsabbau aus. In diesem Zusammenhang richtete er auch einen Appell an die Österreichische Volkspartei, den Widerstand gegen die Schaffung eines Arbeitsvermittlungsgesetzes aufzugeben.

Dann kam GR. Weigelt auf die Lizitationspolitik der Kommunisten zu sprechen, die nur Verwirrung und Unfrieden stifte. Er warnte in diesem Zusammenhang, durch Streik die Forderungen der öffentlichen Angestellten durchsetzen zu wollen, und brandmarkte die Bemühungen der kommunistischen Partei als Stimmungsmache gegen die Mehrheitspartei dieses Hauses und als Wählerfang. Er forderte die städtischen Angestellten auf, den klaren Blick für die Wirklichkeit der Dinge nicht zu verlieren.

Zum Schluß versicherte der Redner, daß die Gemeindeverwaltung danach trachten werde, daß ihre Angestellten wieder eine entsprechende Bezahlung wie vor 1934 bekommen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlusswort ging Vizebürgermeister Honay vorerst auf die Ausführungen des GR. Altmann ein. Dieser habe einige Beispiele angeführt, aus denen unzweifelhaft hervorgehe, dass beide Parteien, die hier die Verantwortung tragen, alles tun, um den Angestellten dieser Stadt ein menschenwürdiges Dasein zu bieten. Er habe aber gleichzeitig versucht, die Gemeindeverwaltung zu verleiten einen völlig flaschen Weg auf dem Gebiete der Personalpolitik zu gehen. Wir wissen alle, dass die von GR. Altmann oft erwähnte Schicksalgemeinschaft zwischen Volkspartei und Sozialistischer Partei in der Republik aus der Not der Republik geboren ist. Solange diese Republik um das nackte Leben ringt, wäre es nach Überzeugung des Redners ein Verbrechen, sich zu bekämpfen und die beiden grossen Parteien in eine Kampfesfront zu bringen, die unserem Staate verderblich aber den Kommunisten von Nutzen wäre. An der Formung dieser Schicksalgemeinschaft ist die Kommunistische Partei nicht ganz unschuldig. Sie trägt wesentliches dazu bei, dass sich die Sozialistische Partei in gewissen Fragen mit der Volkspartei findet.

Vizebürgermeister Honay verwies weiter darauf, dass die jetzige Bezahlung der öffentlichen Angestellten nicht vergleichbar ist mit jener vor dem Jahre 1934. GR. Altmann habe die Mahnen des Stadtrates Breitner in der Personalbehandlung wieder wachgerufen. Es muss jedoch davor gewarnt werden, die Verhältnisse vor 1934 mit den heutigen zu vergleichen.

GR. Altmann hat einen Antrag im Niederösterreichischen Landtag auf Auszahlung des 13. Monatsbezuges an die niederösterreichischen Gemeindeangestellten erwähnt. Dieser Antrag sei der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen worden, da diese Forderung derzeit unerfüllbar ist.

Der Referent verwies darauf, dass es nicht notwendig wäre, dass nur immer die Kommunisten als die Schützer der Interessen der städtischen Angestellten - durch Einbringung von vielen Anträgen - aufträten. Die beiden Mehrheitsparteien in diesem Hause wissen auch so von der Not der öffentlich Angestellten und versuchen alles, um sie zu lindern. (Zustimmung.)

Betreffend des zweiten Antrages des GR. Altmann, die Bundesregierung zu veranlassen eine Nachzahlung der Bezüge ihrer Angestellten und somit auch der Gemeindeangestellten durchzuführen und den 13. Monatsgehalt zu bewilligen, machte Vbgm. Honay aufmerksam, daß es sich hier um ein großes volkswirtschaftliches Problem handelt. Es wären, um die Forderungen der öffentlich Angestellten zu erfüllen, ungefähr 240 Millionen Schilling notwendig. Wenn also von der Kommunistischen Partei solche Forderungen gestellt werden, müssen Vorschläge für die Bedeckung solcher Riesensummen gemacht werden. Die Interessen der öffentlichen Angestellten sind in guten Händen. Es bestehen die Gewerkschaften und gerade heute ist in der Presse zu lesen, daß die Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten zur Besonnenheit gemahnt hat. Sie hat angekündigt, daß es sich bei der Auszahlung der 140 S um eine Zwischenlösung handelt, d.h., daß im Jänner mit den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen der öffentlichen Angestellten und der Regierung Verhandlungen gepflogen würden, um eine Erfüllung der Forderungen der öffentlichen Angestellten nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu erreichen. Es soll daher heute kein Beschluß gefaßt werden, der diesen Verhandlungen vorgreift. Der Referent erhob die Forderung, diesen Antrag des GR. Altmann abzulehnen.

GR. Dr. Hohl hat aus der Verwaltung unserer Stadt einige Fälle von pflichtvergessenen Angestellten angeführt. Es ist ganz klar, daß gerade unsere Disziplinar-Kommissionen nicht einheitlich vorgehen, denn es besteht keine einheitliche Spruchpraxis auf diesem Gebiet. Undemokratisch wäre es aber, auf irgendwelche Entscheidungen dieser Kommissionen Einfluß nehmen zu wollen. Auf die schleppende Akten erledigung der Schlichtungsstelle eingehend, betonte Vbgm. Honay, daß auch hier die Verwaltungsreform neue Wege weisen muß.

Am Schluß seiner Ausführungen bemerkte Vbgm. Honay, daß es gerade in der heutigen Zeit nicht leicht sei, das Personalreferat zu führen. Den beiden großen Parteien, unter Mithilfe der Kommunistischen Partei, werde es aber hoffentlich bald möglich sein, der großen Zahl tüchtiger und pflichteifriger Gemeindeangestellten jene Bezüge zu verschaffen, damit sie menschenwürdig leben können. (Starker Beifall.)

In der darauffolgenden Abstimmung wurden die Ansätze der Verwaltungsgruppe I einstimmig angenommen. Sodann gelangten die zwei Anträge der GR. Altmann und Genossen zur Abstimmung. Ein Antrag, betreffend Auszahlung des 13. Monatsgehaltes noch im heurigen Jahr, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, während der zweite Antrag, die Durchsetzung der Forderung der öffentlichen Angestellten gegenüber der Bundesregierung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde.

Am Schluß des zweiten Sitzungstages erstattete Stadtrat Dr. Matejka das Referat über die Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung. Er wies darauf hin, daß nur ein sehr geringer Teil dessen aus dem Budget ersichtlich wird, was den kulturellen und volksbildnerischen Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung entspricht. Es sind dies Aufgaben, die keine geringere Bedeutung haben als die im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden Aufgaben einer Großstadtverwaltung.

Dazu kommt, daß die unter Kultur und Volksbildung ausgewiesenen Zahlen keinerlei Vorstellung vermitteln von der grossen, ja entscheidenden wirtschaftlichen Bedeutung der gesamten Kultur- und Volksbildungsarbeit einer Großstadt. Sie waren, sind und werden immer entscheidender, wie immer das Budget ihnen Rechnung trägt.

Dazu kommt ferner, daß für das nächste Jahr für die Ausgaben eine Ansatzziffer aufscheint, die ungefähr dreimal so gross ausschaut als im vorigen Jahr. Das bedeutet aber keinerlei wesentliche Veränderung, da die betriebsmässige Verrechnung einiger wichtiger Posten ab nun die gesamten Einnahmen und die gesamten Personal- und Sachausgaben einschliesst.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung des heurigen Jahres hat sich das Budget für das nächste Jahr eine Anpassung an diese wirtschaftliche Entwicklung erspart.

Als Berichterstatter der mir anvertrauten Verwaltungsgruppe wird mir wohl niemand zutrauen, dass ich angesichts der vorliegenden Ansätze für 1949 mich in Zufriedenheit und Wohlgefallen ergehen werde.

Ein so lebenswichtiger Posten wie die "Begabtenförderung auf kulturellen Gebiet, Stipendien und Studiengeldbeihilfen" ist mit den bisherigen armseligen 75.000 Schilling unverrückbar stehen geblieben. Wer allerdings der Meinung ist,

dass, wie Franz Lehar in seinem Testament meinte, das wahre Talent sich von selbst durchsetze, wird die 75.000 Schilling noch viel zu hoch finden. Wer allerdings sich die Aufgabe setzt, dass auch eine wirtschaftlich schwer ringende Stadtverwaltung gerade zur Förderung der sozialen minderbemittelten begabten Jugend einen wesentlichen Teil beitragen muss, wird den im Jahr 1949 gleichbleibenden Ansatz für einen Rückschritt halten.

Auch ist es nicht einzusehen, warum die Studenten an Kunstschulen in ihrer Förderung seitens der Stadt Wien schlechter behandelt werden als die Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen. Während nämlich die Stipendien für Kunstschüler derzeit nur 50 Schilling monatlich betragen, erhalten die Stipendiaten an wissenschaftlichen Hochschulen monatlich 70 Schilling und ausserdem noch einen Förderungsbeitrag, der sich zwischen 10 Schilling und 70 Schilling monatlich bewegt. Die Erzielung einer Erhöhung der Stipendien durch Verringerung der Anzahl kann jedoch nicht in Erwägung gezogen werden, da die Zahl der verliehenen Stipendien ohnedies sehr gering ist.

Die Rubrik "Kunsthförderung" mit ihren 200.000 Schilling zeigt eine bisher unerschütterliche Stabilität auf. Ebenso die Wissenschafts- und Volksbildungspflege mit ihren 20.000 Schilling und die Naturschutzmassnahmen mit ihren 5.000 Schilling.

Gewiss will ich nicht übersehen, dass für die Volksbildungspflege in Form einer Subvention der Gemeinde in der Höhe von 240.000 Schilling, die im Hauptstück Finanzen verrechnet wird, in diesem Jahre gegeben wurde. Da aber der gesamte Subventionenbetrag auch für das nächste Jahr nur ein dreizehntel Millionen ausmacht, ist die Befürchtung zu hegen, dass auch diesmal auf die höheren wirtschaftlichen Gestehungskosten der Volkshochschulen nicht Rücksicht genommen wird. Wenn man ferner bedenkt, dass ungefähr 80 Prozent des genannten Subventionsbetrages für die Volkshochschulen von der gleichen Gemeinde Wien in Form von Steuern einkassiert werden, so ergibt sich daraus der sehr problematische Wert der geldlichen Förderung der Volksbildungspflege, sofern sie sich zahlenmässig im Budget ausdrückt.

Wie es gegenwärtig um die musikalische Kultur im heutigen Wien steht ist auch vom Standpunkt der Gemeinde Wien aus nur recht mangelhaft zu beantworten, wenn man sich auf die einfachen Budgetziffern stützt. Und daher wäre es kurzsichtig, sich auf die Interpretation dieser Zahlen zu beschränken, so wichtig und entscheidend die Gelder der Stadt Wien für ihre Lehranstalten und für den Verein Wiener Symphoniker auch sind, dessen Neukonstituierung im übrigen gerade in diesen Tagen endlich stattgefunden hat.

Seit Anbeginn hat sich die Stadt Wien zu der Ansicht bekannt, dass es auch auf diesem Gebiet vor allem auf die freie Entfaltungsmöglichkeit aller Kräfte ankommt, die eine möglichst breite und intensive Musikkultur garantieren. Diesen Standpunkt der freien Entfaltung aller schöpferischen Kräfte verbindet die Stadt Wien mit einer Förderung, die freilich nicht immer sichtbar wird. Ich kann aber versichern, dass die helfenden Hände der Stadt auf dem Weg über die Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung bei viel mehr musikalischen Anlässen welcher Art immer helfend tätig sind, als dies je in Erscheinung treten könnte.

Die Stadt Wien legt nicht nur Wert darauf, in den beiden grossen Musikhäusern Wiens, in der Gesellschaft der Musikfreunde und in der Konzerthausgesellschaft, leitungsmässig vertreten zu sein. Es gibt wohl keine internationalen und auch nationalen Wettbewerbe auf musikalischem Gebiet, denen die Stadt nicht ihre Förderung zuteil werden liess. Es wird oft geklagt, dass wir ähnlich wie eine Theaterkrise auch eine Krise der musikalischen Veranstaltungen hätten. Als eines der wichtigsten Mittel jedoch zur Behebung der Theaterkrise hat sich die Publikumsorganisation erwiesen. Von unserer Verwaltungsgruppe wurde sie seit 1945 beharrlich empfohlen, bis sie heuer wenigstens erste erfolgreiche Wege zu beschreiten begonnen hat. Das gilt auch für die Lösung jeder Konzertkrise.

Es genügt im allgemeinen heute nicht mehr, ein wertvolles Programm sozusagen auf den freien Markt zu werfen. Auch das Konzert braucht jeweils seine Gemeinde. Als Beweis dafür soll angeführt werden, dass in den letzten Wochen eine Reihe von Konzerten, die Ausdruck hoher musikalischer Volkskultur waren, ausverkauft waren.

Im Zusammenhang mit den Musiklehranstalten der Stadt Wien muß hervorgehoben werden, daß ihr Direktor Prof. Dr. Wilhelm Fischer, der den Wiederaufbau der Schule seit 1945 leitete, für dieses Schuljahr sich beurlauben ließ, um seine Lehrtätigkeit als Musikhistoriker an der Innsbrucker Universität wieder aufzunehmen.

Daß besonders die Stadt Wien über eigene kommunale Musiklehranstalten verfügt, bedarf wohl in Anbetracht dessen, daß sie die Musikstadt Wien ist, keiner Begründung. In 395 Kindersingschulkursen ist man bemüht, alle musikbegabten Kinder im schulpflichtigen Alter zu erfassen. Die Schüleranzahl gegenüber dem Vorjahr ist gestiegen, auf über 6.000 Musikschulen selbst, die dem musikalischen Laienunterricht dienen, hat die Stadt Wien nach wie vor erst neun. In unserem Programm steht die Verbreitung über das ganze Stadtgebiet. Sie sind die Aufnahmestellen der musikbegabten Kinder aus den Kindersingschulen. Infolge der viel strengeren Auswahl, bei der fachlichen Überprüfung des Lehrpersonals, das von 168 im Dezember 1947 auf 189 derzeit gestiegen ist, ist auch das fachliche Niveau der Musiklehranstalten im Steigen begriffen. Unser Spitzeninstitut, das Konservatorium der Stadt Wien, dient nicht nur der Erziehung zum Musikerberuf, sondern auch dazu, daß sich seine besonderen fachlichen Leistungen auf den gesamten Musikunterricht in den Kindersingschulen und Musikschulen befruchtend auswirken. Ich kann mit gutem Gewissen sagen, daß im Sinne einer ökonomischen Personalgebarung alle Musiklehranstalten wichtige Fortschritte bei der Intensivierung der Lehrtätigkeit gemacht haben.

Seit 1945 scheint im Budget der Stadt ein nicht unwichtiger Posten mit einunddreizehntel Millionen nicht mehr auf, eine Summe, die für die Erhaltung der Volksoper durch die Stadt notwendig war. Aus bekannten Gründen hat die Stadt das Gebäude und somit den Betrieb der Staatsoper zur Verfügung gestellt, in der Erwartung, daß die Staatsoper auch eine Oper immer mehr fürs Volk, für die gesamte Wiener Bevölkerung werde.

Wie klein ist im Verhältnis zum genannten Volksopernebetrag die Summe, welche die Stadt Wien als Subvention den Wiener Symphonikern zur Verfügung stellt.

Ich kann es mir nicht erlauben, vor der Illusion zu warnen, dass mit einem Zuschuss von Schilling 300.000.-- schon das äusserste getan sei, um die hohen kulturellen und volksbildnerischen Aufgaben der Wiener Symphoniker zu unterstützen. Wir haben uns von der Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung aus mit den denkbar zähesten Kräften bemüht, nicht nur alle verantwortlichen Stellen der Stadtverwaltung, sondern auch des Staates, im besonderen des Unterrichtsministeriums und die Ravag immer wieder auf diese Aufgaben der Symphoniker hinzuweisen. Wir dürfen mit Befriedigung das Verständnis und die Hilfsbereitschaft des Bundesministeriums verzeichnen. Im übrigen steht der wirkliche Erfolg bei anderen Stellen noch aus. Der Hinweis auf die leeren Kassen und sonstigen Verpflichtungen kann nicht darüber hinweg trösten, welche grosse zeitgemässe kulturellen Aufgaben der Stadt Wien hier auf dem Spiel stehen, wenn die bisherige Unentschlossenheit und vielleicht auch Verschleppungstaktik weiter anhalten.

Es ist selbstverständlich, dass der kulturelle Aufgabenkreis der Wiener Symphoniker sich auf die Dauer nicht erschöpfen darf in Konzerten der beiden Konzerthäuser und der Ravag. Gerade von der volksbildnerischen Aufgabenstellung der Stadt aus ist alles daranzusetzen, endlich den alten Plan zu realisieren, dass die Wiener Symphoniker im Sinne einer demokratischen Kulturentwicklung in den grossen Volksbezirken unserer Stadt, aber auch als die Wiener Symphoniker in den anderen Bundesländern und im Ausland konzertieren.

Wer sich die grosse wirtschaftliche Bedeutung der österreichischen Modearbeit auf den verschiedensten Gebieten des Gewerbes, der Industrie und des Handels vor Augen hält, wer um die Bedeutung der Wiener Geschmacksartikel auf der ganzen Welt weiss, dem wird die Modeschule der Stadt Wien im Schloss Hetzendorf längst unentbehrlich geworden sein.

Durch die räumliche Ausgestaltung konnte der handwerkliche Unterricht ausgebaut werden. Derzeit vorhanden: Schneiderei, Handweberei, Schmuck, Modisterei, Leder, Email. In Vorbereitung: Textil. Da die Schule nicht bloss theoretisch und künstlerisch tätige Menschen hervorbringen soll, ist sie bestrebt, den innigsten Kontakt mit dem praktischen Wirtschaftsleben, also mit den Innungen und Genössenschaften herzustellen und aufrecht zu halten.

Durch den innigen Kontakt der einzelnen Lehrwerkstätten untereinander, wird den Schülern der Begriff des gesamten modischen Schaffens vermittelt. Wichtig ist die schleunigste Fertigstellung der Räume für die Schneiderei und die Beschaffung der notwendigen Werkstättengeräte (Nähmaschinen, Bügeleisen, sonstige Handwerksgeräte.) Für den Ausbau der Schulräume ist im Budget ein Betrag von S 300.000 vorgesehen.

Schülerausstellungen haben bereits das fachliche Können unter Beweis gestellt und allgemein Anerkennung gefunden. Die Schülerausstellungen des nächsten Jahres werden, der Vervollkommnung der Werkstätteneinrichtung entsprechend, noch einen genaueren Überblick über die erzielte Leistung bieten.

Wenn in der Einleitung zum Voranschlagsentwurf 1949 darauf hingewiesen ist, daß für die Modeschule im Jahr 1949 Ausgaben von insgesamt 930.750 Schilling vorgesehen sind, so darf dies nicht dazu verleiten, anzunehmen, daß für den laufenden Betrieb der Schule gegenüber dem Jahre 1948 eine etwa 125%ige Steigerung eingetreten ist, die Schule also um ein ganz Beträchtliches höher dotiert würde. Diese Erhöhung von 409.680 Schilling im Jahre 1948 auf den eben genannten Betrag pro 1949 ergibt sich vor allem aus der Einbeziehung der Kosten der weiteren baulichen Ausgestaltung, die im Vorjahr beim Stadtbauamt veranschlagt waren. Die laufenden Ausgaben betragen abzüglich der Kosten der baulichen Investitionen der Gebäudeerhaltung rund 532.000 Schilling gegenüber 409.000 Schilling im Jahr 1948. Es ist noch darauf zu verweisen, daß einer Bauaufwendung von 400.000 Schilling Baukostenbeiträge des Bundes in der Höhe von 350.000 Schilling gegenüberstehen.

Die bedeutendste Ausstellung, welche die Stadt Wien selbst in diesem Jahr arrangiert hat, war dem Thema und Ereignis "Wien 1848" gewidmet. Den Ausgaben von 243.000 Schilling stehen Einnahmen von rund 105.000 Schilling gegenüber. Die Besucherzahl betrug 70.000 während 100 Tagen. Es kostet somit ein Besucher der Stadt Wien rund 2.- Schilling.

Im vorigen Jahr hat die Ausstellung "Wien baut auf" in den gleichen Räumen 1.089.000 Schilling gekostet. Dieser Ausgabe entsprechen 229.000 Schilling Einnahmen mit 85.000 Besuchern an 88 Tagen. Ein Besucher kostete somit rund 10. - S. Die Ausstellung "Wien 1848" hat allerdings davon profitiert, daß sie die für "Wien baut auf" errichteten Ausstellungswände benützen konnte.

Bis ins Budgetjahr 1948 hat sich in finanzieller Hinsicht die erste Grossausstellung der Stadt Wien ausgewirkt, die 1945 konzipiert und 1946 während 103 Tagen 525.439 Besucher aufwies. Es war die antifaschistische Ausstellung "Niemals vergessen" aus deren Reinertragnis von rund 900.000 Schilling im heurigen Jahr das Denkmal der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof errichtet worden ist, das den "Opfern für ein freies Österreich 1934-1945" gewidmet ist.

Die Ausstellung "Wien 1848" an der Städtische Beamte neben Ausstellungstechnikern und Künstlern kollektiv oder gemeinschaftlich, arbeiteten, schliesst sich der volksbildnerischen Aufgabenstellung der Stadt Wien würdig an, die sie mit der antifaschistischen Ausstellung "Niemals vergessen" begonnen hat. So sehr die rund 70.000 Besucher von "Wien 1848" hervorgehoben zu werden verdienen, so klein erscheint die Zahl im Vergleich zu dem Potential der Ausstellungsbesucher, das in einer Kulturstadt wie Wien vorhanden ist und das es mit neuartigen volksbildnerischen Methoden friedlich zu mobilisieren gilt.

In erster Linie machen wir solche Ausstellungen für die heranwachsende Jugend. Es sei mit Dankbarkeit der Bemühungen des Stadtschulrats und der Wiener Lehrerschaft gedacht, die alles daransetzten, um einige 10.000 Schüler gleichsam als Ergänzung des Geschichtsunterrichtes mit dem Erlebnis der Ausstellung vertraut zu machen. Aber ich gestehe Ihnen offen, dass die Zahl der Besucher aus einem anderen Grund auch viel zu klein erscheint. Als ungefähr vor 50 Jahren die Wiener Sezession eröffnet wurde, wies ihre erste Ausstellung, nämlich auch 70.000 Besucher auf, das heisst genau so viel als unsere Jahrhundertausstellung in diesem Jahr.

Zu den bereits genannten drei Grossausstellungen der Stadt Wien, auf deren Erfahrungen wir auch im nächsten Jahr weiterbauen wollen, ist in diesem Jahr noch eine Ausstellung von ganz besonderer Neuartigkeit hinzugekommen, die von der Verwaltungsgruppe III initiiert, teilweise vorbereitet und in ihrer ganzen Entwicklung unterstützt wurde. Es ist dies die "Internationale Plakatausstellung" von Ende August bis Mitte September dieses Jahres. In knappen vier Wochen wurde sie von 24.500 Menschen besucht. Sie schloss mit einem Gewinn für die Künstlerschaft leider zu früh.

Wenn man dieser Zahl von 24.500 Besuchern in vier Wochen die Zahl von 26.000 Besuchern der Ausstellung "80 Jahre Künstler-Haus" in elf Wochen gegenüberstellt, so spürt man die anders geartete Dynamik der "Internationalen Plakatausstellung" gegenüber gewissen traditionellen Ausstellungen, die schon lange einer Auffrischung bedürfen, um endlich einmal auch ihre demokratische Funktion zu erfüllen. Gewiß ist das Thema der beiden in Vergleich gesetzten Ausstellungen verschieden. Aber die Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung fühlt sich insofern für die gesamte Ausstellungstätigkeit in Wien als eine kulturwichtige und volkserzieherische Tätigkeit verantwortlich, daß sie alles tut, um alle Ausstellungsveranstalter auf die volkbildnerische Funktion der Ausstellungen aufmerksam zu machen. Dazu gehört auch die Art der Aufmachung und der Publizität einer Ausstellung als Volkserziehungsmittel.

Stadtrat Dr. Matejka teilte sodann mit, daß er für das kommende Jahr eine große Ausstellung "Kunst und Sport" vorgeschlagen hat. Nach den bisherigen Erfahrungen soll diese Ausstellung, weshalb sie auch im Budget der Stadt nicht aufscheint, ebenso wenig wie die "Internationale Plakatausstellung" Kosten verursachen.

Worauf von der Verwaltungsgruppe III seit jeher allergrößter Wert gelegt wird, ist die Intensivierung der Wanderausstellungen. Im heurigen Jahr veranlaßten wir an Volksbildungsstellen 50 derartige Ausstellungen. Das erscheint aber erst als ein bescheidener Anfang. Es hängt mit der gesamten Modernisierung und Demokratisierung der Volksbildung zusammen, daß diese Zahl sich innerhalb kürzester Zeit vervielfachen kann und soll. Die Ausgaben für alle derartigen Unternehmungen, die volkbildnerische Anziehungskraft haben und eine gesunde Schaulust befriedigen, sind verhältnismäßig gering.

In das gleiche Kapitel gehört die Förderung aller Ausstellungen in Betrieben und öffentlichen Räumen, die "Kunst ins Volk" mit Hilfe technisch vollkommener Reproduktionen vermitteln. Das heurige Jahr stand ferner im Zeichen zweier volkbildnerisch bestimmter Ausstellungen aus den Beständen unserer Städtischen Sammlungen, die den Wiener Themen "Stadtbild und Landschaft" und "Wiener Porträts" gewidmet waren und in den nächsten Monaten in die Bezirke wandern.

Indessen werden neue Themen vorbereitet, die das Volk ansprechen und die reichen Depots der Sammlungen lüften, so "Wiener Arbeitsstätten" und "Die Schöne Wienerin". Beide Ausstellungen zeigen die historische Entwicklung und regen für die Gegenwart die aktive Mitarbeit der lebenden Künstler an.

Die Ansätze für die Stadtbibliothek und die Städtischen Sammlungen erfahren bedauerlicherweise keine Erhöhung. Das bedeutet praktisch, dass sie gegenüber dem laufenden Jahr reduziert werden. Da es auch im heurigen Jahr trotz zähem Festhalten an längst vorhandenen Projekten nicht gelungen ist, die Raumfrage für die Stadtbibliothek und die Städtischen Sammlungen in zweckentsprechender Weise zu lösen, wurde die volksbildnerische Tätigkeit der beiden Abteilungen besonders intensiviert. Das kam zum Ausdruck in der besonderen Mitarbeit bei der Ausstellung "Wien 1848" im Rathaus selbst, aber auch in vier Spezialausstellungen in Volkshochschulen, die sich ebenfalls mit dem Jahr 1848 beschäftigen. Ferner wurde begonnen eine Reihe von Theaterfoyers mit Ausstellungen zu versehen, die das jeweilige Theaterstück kulturgeschichtlich illustrieren bzw. ergänzen. Aus der umfangreichen lokalhistorischen, wissenschaftlichen und volksbildnerischen Tätigkeit der beiden Abteilungen sei noch auf die Wiener Porträtausstellung hingewiesen und die Ausgrabungen aus der Römerzeit.

Die Ausstellung "Wiener Porträts" stellt sich bewusst in den Dienst der Werbung für die Porträtmalerei der lebenden Künstler. Dem Publikum werden die verschiedenen Möglichkeiten der Porträtkunst von der Malerei und Plastik und Graphik angefangen bis zur Medaille und der Totenmaske in der Mannigfaltigkeit künstlerischer Auffassung vor Augen geführt.

Die von den Städtischen Sammlungen durchgeführten römischen Ausgrabungen am Hohen Markt waren derart ergiebig, dass der Plan gefasst wurde, an Stelle des ehemaligen römischen Hauptquartiers unterirdisch ein eigenes Museum des römischen Wien zu errichten. Die bautechnischen Vorarbeiten sind soweit gediehen, dass hier demnächst angefangen wird, ein neues Römisches Museum der Stadt Wien zu errichten, das leider im Jahr 1945 total ausgebombt wurde.

Für verschiedene Städte ausserhalb Wiens sind Ausstellungen in Aussicht genommen, mit dem Thema "Wien und die Wiener". Sie nehmen vor allem Rücksicht auf die Beziehung der Kunst zum Volksleben und beschreiben ihre Objekte aus Geschichte und Gegenwart. Gleichsam als Kompensation werden diese Städte nach Wien Ausstellungen schicken, die nach den gleichen Gesichtspunkten arrangiert sind. Solche Austauschausstellungen sind nicht nur vom Standpunkt der Volksbildung und Kunsterziehung aus von Bedeutung, sie dienen auch der Werbung für den Fremdenverkehr.

Unseren Bemühungen ist es gelungen, auch eine Reihe von Kunstausstellungen aus den Nachbarländern nach Wien zu bringen, so je eine Graphikerausstellung aus Prag und Warschau und eine Ausstellung "100 Jahre ungarische Malerei" aus Budapest.

Bei der Vorbereitung für eine Ausstellung, die einen Querschnitt durch die österreichische Malerei und Graphik von heute vermittelt, haben wir gerade das Endstadium erreicht. Sie soll im Jänner 1949 zuerst in Prag und anschliessend in Brünn und Fratislava gezeigt werden.

Die Städtischen Büchereien haben ihre Aussenstellen von 44 auf 46 vermehrt, und zwar in der Siedlung Laaer Berg und in Kaiserebersdorf.

Für das Jahr 1948 standen für Buchanschaffungen und Buchpflege insgesamt S 150.000 zur Verfügung. Darum konnten neben der Ausgabe für die Buchbinderarbeiten in der Höhe von S 50.000 3.843 Bücher angekauft werden. Aus den erfreulicherweise zu verzeichnenden Mehreinnahmen und aus anderen Ersparnissen wurden bisher 2 Zuschusskredite von insgesamt S 65.000, von denen allerdings ein Betrag von S 20.000 gesperrt werden musste, weil er in den Mehreinnahmen nicht Deckung fand, für Buchanschaffungen zur Verfügung gestellt. Hiefür konnten weitere 800 Bücher angekauft werden. Ein Antrag auf Erteilung eines 3. Zuschusskredites in der Höhe von S 42.000, der aus den Ersparnissen bei der Herstellung des Opferdenkmales gedeckt werden sollte, wird hoffentlich noch im heurigen Jahr erledigt werden, um den Einkauf von 600 Büchern tätigen zu können. Diese Anschaffung von insgesamt 4.343 Büchern bleibt aber hinter dem normalen Bedarf um ein gewaltiges zurück.

Wenn man bedenkt, dass im Jahre 1937 bei einem Stand von 53 Büchereien ein Buchbestand von 270.000 zur Verfügung stand, während heute bei 46 Büchereien nur 196.000 Bände ausgewiesen werden, so wird man verstehen, wie notwendig eine gründliche Nachschaffung ist. Dazu kommt noch, dass der Buchbestand nur zu 40 % "lebendiger" Bestand ist, das heisst ein Bestand, der wirklich nützlich verwertet werden kann. Erst eine jährliche Nachschaffung von 20.000 Büchern würde den Städtischen Büchereien die Erfüllung ihrer volksbildnerischen Aufgaben ermöglichen und einen Aufbau bedeuten.

Die Anzahl der angekauften Bücher ist aber auch deshalb verhältnismässig so gering, weil die Preise gestiegen sind. Andererseits bietet der Büchermarkt ungleich grössere Offertmöglichkeiten als im Vorjahr. Es ist daher klar, dass die Städtischen Büchereien die Forderung nach einem wesentlich verstärktem Buchankauf erheben müssen, um den kulturellen Bedürfnissen der Leserschaft tunlichst entsprechen zu können.

Für die Leitung der Städtischen Büchereien war es von vornherein keine leichte Aufgabe, mit dem geringen Betrag von 150.000.- auszukommen. Dabei stiegen die Einnahmen aus den Leihgebühren vom Jahre 1947 auf 1948 um 30 %.

Als besonders erschwerend für die Führung unserer gemeinnützigen und volksbildnerischen Städtischen Büchereien muss es empfunden werden, dass auch die Städtischen Büchereien die auch im allgemeinen zu teuren Bücher zum Ladenpreis der Buchhändler beziehen müssen. Die Stadt Wien gibt also von ihrer ohnehin so kleinen Summe wie 150.000.- ungefähr 50.000.- S des Buchhandel für einen verhältnismässig mühelosen Zwischenhandel. Das ist auf die Dauer unerträglich.

Bei dem verstärkten Buchbedarf darf nicht übersehen werden, dass durch die Rückstellung der szt. sichergestellten Bücher die vorwiegend aus dem Besitz von Nazi stammen empfindliche Lücken gerissen werden.

Von den Entlehnungen entfallen 82 % auf die schöne Literatur, insbesondere Romane - eine schwächere Nachfrage herrscht nach Novellen und lyrischen Werken -, 18 % auf Sachbücher.

Gestützt auf das Wiener Kinogesetz vom Jahre 1935 werden nach Fühlungsnahme mit den Alliierten Besatzungsbehörden mit Juni 1948 wieder sämtliche Filme dem Wiener Magistrat vorgeführt. Die Vorführung ist die gesetzliche Voraussetzung für die Zulässigkeit der Vorführung der Filme in den Kinos.

Vom gleichen Zeitpunkt an wurde ebenfalls im Sinne des Wiener Kinogesetzes das Jugendverbot für Filme gehandhabt. Nach dem Gesetz darf ein Film vor Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr nur dann vorgeführt werden, wenn die Vorführung ausdrücklich als zulässig bewilligt wird. Die Entscheidung trifft der Wiener Magistrat als Kinobehörde auf Grund eines Gutachtens eines Filmbeirates.

Der Filmbeirat hat bisher 207 Filme überprüft mit dem Ergebnis, daß 40 als für Jugendliche ungeeignet erklärt worden sind.

Von den 40 für Jugendliche ungeeignet erklärten Filmen sind 14 amerikanische, 10 englische, 9 französische, 6 österreichische <sup>Filme.</sup> Auch der künstlerisch hochwertige ungarische Film "Irgendwo in Europa" wurde nach reiflicher Überlegung als für Jugendliche unter 16. Jahren ungeeignet erklärt.

Bei der Beurteilung ließ sich der Filmbeirat grundsätzlich von der Erwägung leiten, daß Filme, die brutale Vorgänge, erotische Szenen darstellen oder kriegsverherrlichend wirken, abzulehnen sind. Bei der Beurteilung wird selbstverständlich auch auf das religiöse Empfinden der Bevölkerung Rücksicht genommen.

All das ist keine Zensur, sondern gerade in der heutigen Zeit eine aus den verschiedensten Gründen notwendige Maßnahme für den Schutz der Jugend. Schon das erste Halbjahr der Tätigkeit des Filmbeirates hat gezeigt, daß die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in mancher Hinsicht auf Grund der Erfahrung Änderungsbedürftig sind. Es werden daher entsprechende Verbesserungen des Gesetzes vorbereitet.

Im September 1947 hat die Stadt Wien die Haftung für einen Betriebskredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Höhe von 7 Millionen für die Pabst-Kiba-Produktions Ges.m.b.H. beschlossen.

Dieser Kredit, der zum großen Teil für die Herstellung des demnächst zur Uraufführung gelangenden Films "Geheimnisvolle Tiefen" verwendet wurde, wird um 3 Millionen erhöht, sodaß mit dem Gesamtkredit von 10 Millionen drei Filme entstehen, deren zweiter, "Ein Wunder unserer Tage", bereits in Arbeit ist, während der dritte, ein Film mit dem Thema der Widerstandsbewegung, in Vorbereitung ist.

Durch diese Kreditaktion fördert die Gemeinde Wien die österreichische Filmproduktion nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, sondern auch in kultureller Hinsicht. Der Welterfolg des ersten österreichischen Films "Der Prozeß", den die Stadt Wien mit der Verleihung des Ringes der Stadt Wien an Georg Wilhelm Pabst auszeichnete, gibt uns die Gewähr dafür, daß die genannten drei Filme der Pabst-Kiba-Produktion sich wesentlich unterscheiden von den leider nur all zu zahlreichen Filmen der österreichischen Filmproduktion der letzten drei Jahre, die unserem künstlerischen und kulturellen Ruf größtenteils sehr geschadet haben.

Mag die Masse der Filme auch heute noch immer der großen Kulturaufgabe des Films zuwiderlaufen, eine Kulturpolitik, die nicht auf irgendwelchen Inseln lebt, wird weiterhin alles daransetzen, den Film immer mehr in ein Kultur- und Volksbildungsmittel zu verwandeln. Wenn also die öffentliche Hand Gelder hierfür kreditiert, so ist es ihr darum zu tun, daß künstlerisch und ethisch hochwertige und somit vorbildliche Leistungen erstellt werden, die deswegen nicht weniger geschäftlichen Erfolg aufzuweisen brauchen.

So gering die Ansätze auf dem Gebiet der Stadtbild- und Ortsbildpflege sind, so groß ist der Ansatz der Arbeit unserer Verwaltungsgruppe auf diesem Gebiet. Heimatpflege ist für uns praktisch erweiterte Wohnungspflege. Auch die öffentlichen Verkehrsflächen sind Wohnraum im weitesten Sinne. Heimatpflege ist keine doktrinäre Wissenschaft, sondern Ergebnis des praktischen Empfindens der Bevölkerung für Ordnung und Sauberkeit, für Kunst und Geschmack, für Tradition und Fortschritt.

Am besten erscheint uns die nicht geringe Aufgabe der Erziehung der Bevölkerung zur selbsttätigen Heimatpflege, da obrigkeitliche Maßnahmen völlig unzureichend sind. Unser Programm ist: jeder Bewohner Wiens soll Heimatpfleger sein. Zur praktischen Heimatpflege wurden freiwillige und unentgeltliche Mitarbeiter in der Bevölkerung gewonnen, die durch Fühlungnahme mit ihren Mitbürgern nach dem Rechten sehen, mit Rat eingreifen und die amtlichen Stellen auf Übelstand oder drohende Gefahren aufmerksam machen.

Die amtliche Heimatpflege wendet sich in erster Linie an die Lehrerschaft aller Schulen, um die Jugend für die heimatpflegerischen Aufgaben zu gewinnen. Auch sind wir dabei, die verschiedensten Institutionen der Volksbildung in weit größerem Ausmaß als bisher für die heimatpflegerischen Aufgaben zu interessieren.

Unsere besondere Aufmerksamkeit wenden wir den Veranstaltungen durch häßliche Reklame, den Geschäftsportalen, den Firmenschildern, der öffentlichen Beschriftung, den Fassaden und Anstrichen und den Veranstaltungen baukünstlerisch wertvoller Hausfassaden zu.

Das Stadtbild ist der Spiegel des Wesens der Bewohner. Sein Aussehen ist daher bestimmend für die Beurteilung der Bevölkerung. Außer der Stadt- und Ortsbildpflege gehören daher zur Heimatpflege im besonderen noch die Denkmalpflege, der Naturschutz, die Benennung der öffentlichen Verkehrsflächen und Wohnhausbauten und auch die Ehrung von Persönlichkeiten, die sich um die Stadt und Allgemeinheit Verdienste erworben haben.

Vom Standpunkt der Stadt- und Ortspflege muß auch besondere Augenmerk auf die Erhaltung wertvoller, gemeindeeigener Baulichkeiten und Wahrzeichen gelenkt werden. Vor allem wird diese Sorge dem Schloß Pötzleinsdorf, Laxenburg und nicht zuletzt dem Husarentempel gelten müssen, die neben anderen wertvollen Baulichkeiten, wie dem Czartoryskischlössl, dem Haus in der Schreyvogelgasse 8, vom Verfall bedroht sind. Das Verhalten anderer Städte in Österreich wie Innsbruck, Graz, Villach ist vorbildlich. Die Erhaltungsarbeiten müssen unbedingt so gelenkt werden, daß dieser wertvolle Kulturbestand in erster Linie gesichert wird.

Das Stadtbild ist der Spiegel des Wesens der Bewohner.

Ausserdem darf auch die Beihilfe zur Erhaltung wertvollster privater Baulichkeiten, wie etwa des Basiliskenhauses in der Schönlaterngasse, des Bacherhauses in der Sieveringer Strasse nicht versagt werden. Leider steht derzeit bloss ein Betrag von S 10.000.- für diese Zwecke zur Verfügung. Über die seit der Befreiung Wiens im Jahre 1945 bis zum heutigen Tage erfolgten sowie über die noch ausstehenden Neu-, Rück- und Umbenennungen von öffentlichen Verkehrsflächen und städtischen Wohnhausanlagen ist folgendes zu berichten:

In den Jahren 1945/46 wurden 1 Verkehrsfläche neu-, 48 Verkehrsflächen rück- und 11 Verkehrsflächen sowie 2 Brücken und 1 Siedlung umbenannt; im Jahre 1947 wurden 1 Verkehrsfläche, 1 Garten- und 1 Wohnhausanlage neu, 56 Verkehrsflächen rück- und 1 Verkehrsfläche umbenannt; im Jahre 1948 wurden 4 Wohnhausanlagen neu- und 10 Verkehrsflächen umbenannt; Rückbenennungen fanden im Jahre 1948 keine statt.

Insgesamt wurden somit seit April 1945 8 Neubenennungen, 104 Rückbenennungen, 25 Umbenennungen, somit zusammen 137 Namensänderungen von Strassen, Brücken, Garten- und Wohnhausanlagen sowie Siedlungen beschlossen. Die durch die Neu- und Umbenennungen geschaffenen 33 neuen Namen umfassen 17 politische, 13 topographische und 3 kulturelle Bezeichnungen.

Mit den noch ausstehenden 43 Neubenennungen, 5 Rückbenennungen, 51 Umbenennungen, 6 Parteienverhandlungen, mit zusammen 105 Änderungen kann die Säuberung der Wiener Strassenamen vom nationalsozialistischen Gedankengut als restlos abgeschlossen betrachtet werden.

Auf dem Gebiet des Körpersports hat die Gemeinde Wien zum ersten Mal grössere Bewegungsfreiheit durch die mit gutem Beispiel vorangehenden freiwilligen und dann gesetzlich eingehobenen Mittel, die der Sportgroschen einbringt.

Im Einvernehmen mit den Sportverbänden hat der Sportbeirat der Stadt Wien im Vorjahre einen Sportaufbaufonds als Selbsthilfeaktion zur Behebung der Kriegsschäden auf Sportplätzen und zur Wiederbelebung und Förderung des Körpersportes geschaffen.

Die Mittel hierfür wurden durch den "Sportgroschen", einen 10/igen Zuschlag zu den Eintrittspreisen, gewonnen.

Seit April 1947 bis Mai 1948 wurden ohne den Anteil des Wiener Fussballverbandes (rund 400.000 Schilling) an Sportgroschen eingenommen rund S 490.000, ausgegeben rund S 430.000.

Um ausnahmslos alle Sportveranstaltungen für die Sportgroschenaktion erfassen zu können, hat der Wiener Landtag über Vorschlag des Wiener Sportbeirates im Mai 1948 ein Sportgroschengesetz beschlossen, das zur Einhebung des Sportgroschens (10 Prozent Zuschlag) zusammen mit der Vergnügungssteuer verpflichtet.

Das Erträgnis dieser Abgabe fliesst dem gesetzlich vorgesehenen "Wiener Sportfonds" zu, den der Magistrat verwaltet und über den derzeit der Gemeinderatsausschuss III nach Anhören des Sportbeirates verfügt.

Seit Juni 1948 wurden bis jetzt eingenommen rund 775.000 Schilling, Beihilfen wurden an 72 Vereine gegeben rund 492.000 Schilling.

Beide Fonds zusammen haben bis jetzt eingebracht rund 1,266.000 S, ausgegeben wurden rund 924.000 S.

Insgesamt erhielten 156 Vereine und Verbände Beihilfen in der Höhe von S 1000 bis S 35.000.

Den grössten Beitrag mit 135.000 S hat das Österreichische Olymp.Comitee aus dem Aufbaufonds erhalten.

Ausserordentlich gering waren, dank aller ehrenamtlich geleisteten Verwaltungsarbeit, die Regien, beim Aufbaufonds 300 S, beim Sportfonds 0.--. Es kann daher gesagt werden, dass tatsächlich jeder eingehobene Groschen restlos der praktischen Sportarbeit zugeführt wird.

Die Arbeiten, die mit Hilfe des Wiener Sportfonds durchgeführt wurden, sind sehr umfangreich, so konnten zum Beispiel 7 Turnhallen, 8 Spiel- und Eislaufplätze, eine Anzahl Bootshäuser, Rad- und Tennissporteinrichtungen wieder instandgesetzt werden.

12 Sportplätze, darunter die Anlagen in der Meiereistrasse im 2. Bezirk, zwei Plätze in Simmering, ein Platz im 12. Bezirk, Hervicusgasse, ein Platz auf der Schmelz, sind nach Behebung der grossen Schäden bereits wieder in Benützung.

Neue Sportanlagen werden in Stadlau, zwei in Mauer, (Friedrichstraße und Draschegasse) und eine in Inzersdorf gebaut.

In Ober St. Veit wird mit Fondshilfe noch in diesem Winter eine neue Schisprungschanze gebaut.

Die alte Schisprungschanze in Weidlingau wird gründlich renoviert. Mit Fondshilfe wurden auch die Pläne für die neue Cobenzl-Sprungschanze erstellt, die bekanntlich bei der Olympiade in London mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurden.

Über die gesetzgeberischen Arbeiten der Geschäftsgruppe III verwies Stadtrat Dr. Matejka vor allem auf das Kulturroschengesetz oder Kulturfonds. Bereits im Jahre 1945 wurde die Anregung zur Schaffung eines Kulturroschengesetzes gegeben. Die Besprechungen mit dem Bundesministerium für Unterricht führten aber zu keinem positiven Ergebnis. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde diese Frage im Frühjahr des heurigen Jahres neuerlich aufgerollt und zwar im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der wichtigsten Volkseildungseinrichtungen und der Theater. Ein Gesetzentwurf wurde im Mai 1948 von der Verwaltungsgruppe III zur Diskussion vorgelegt. Bei der Regelung waren folgende Gesichtspunkte maßgebend: a) Verwendungszweck des Kulturroschen: Für die gesamten kulturellen Bedürfnisse, insbesondere Volkseildung, wozu auch das Theater und musikalische Einrichtungen zu zählen sind. b) Einhebung durch das Land oder auch Einhebung durch den Bund, letztere jedoch nur unter der Bedingung, daß die Anteile bereits gesetzlich nach Maßgabe des Aufbringens bemessen werden, sodaß also jedes Land im wesentlichen über die im eigenen Land aufgebraachten Mittel für seine kulturellen Zwecke verfügen kann.

Da die Dotierung aus dem laufenden Budget gegenwärtig und auf absehbare Zeit zu gering sein wird, die dringendsten Bedürfnisse also der Wiener kulturellen Einrichtungen weder ganz noch teilweise zu befriedigen, ist die Einführung des Kulturroschens zweckmäßig. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, daß die Lasten nicht vom Kulturkonsumenten, sondern von den Gewinnen getragen werden müssen.

Das Kultur Groschengesetz wurde bekanntlich im Städtebund und im Österreichischen Gemeindebund diskutiert. Weitere Besprechungen dürften anfangs des nächsten Jahres zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und den Ländern stattfinden.

Die Verwaltungsgruppe III hat seit längerem in Anbetracht der Verhältnisse im Auslande initiativ die Einführung eines Sport-Totogesetzes in Österreich vorgeschlagen. Ihr ist es auch zu danken, daß der Versuch der Einführung eines Sport-Totos durch Privatpersonen vereitelt wurde. Aus den Erträgnissen des Sport-Totos zusammen mit dem Sport Groschen kann eine wirklich planmäßige Aufbauleistung für den Sport erbracht werden, sodaß wenigstens auf diesem Gebiete eine richtige und befriedigende Tätigkeit entwickelt werden kann. Entscheidend bei der gesetzlichen Regelung ist, daß die Erträgnisse nach Maßgabe des Anteiles, den die einzelnen Gebiete an der Aufbringung haben, verteilt werden. Nur dieser Schlüssel ist gerecht, denn die Aufbauanforderungen werden in jenen Gebieten, in denen größere Beträge einfließen eben größere sein. Das Sporttotogesetz darf einer privaten Ausnützung und einer privaten Spekulation keinen Raum geben.

Verschiedentlich ist der Wunsch nach Erlassung eines Volksbildungsgesetzes aufgetaucht. Zur gesetzlichen Regelung bedarf es bekanntlich einer Verfassungsbestimmung. Die Verwaltungsgruppe III begrüßt eine grundlegende Regelung der Volksbildung, verlangt aber, daß den individuellen Verhältnissen der einzelnen Gebiete entsprechend, eine ausreichende freie Bewegungsmöglichkeit für die Volksbildung gesichert bleibt, daß alles vermieden wird, was auf eine starre und das Leben tötende Normierung hinausläuft, denn, so wie die Dinge heute liegen, ist ohne freie Initiative auch auf dem Gebiete der Volksbildung keine schöpferische Arbeit denkbar. Das Volksbildungsgesetz hat nur dann einen Sinn wenn es hilft und nicht reglementiert.

Das Wiener Theatergesetz und das Wiener Kinogesetz, die beide aus dem Ende der 20.er Jahre stammen und eine Gesamtnovellierung im Jahre 1930 erfuhren und dann auch später noch, etwa im Mai 1947, einer Novellierung unterzogen worden sind, bedürfen zweifellos einer neuerlichen Gesamtrevidierung. Die Verwaltungsgruppe III hat dafür auf Grund der Wahrnehmungen der letzten 3 Jahre bereits Vorarbeiten geleistet. Die Vorlage der neuen Entwürfe wird im gegebenen Zeitpunkte erfolgen können.

Aufgabe der Neuredaktion wird es sein, die Bestimmungen möglichst einfach und klar zu fassen und eine komplette neue Gesetz<sup>es</sup>grundlage zu schaffen, um die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Novellierungen und Durchführungsverordnungen zu beseitigen.

Beim Theatergesetz würde es sich insbesondere auch um eine neue Abgrenzung der bloss anmeldepflichtigen und der konzessionspflichtigen Veranstaltungen handeln. Auch die Frage, wie weit ein Lokaleigentümer entscheidenden Einfluss - wie es beim gegenwärtigen Gesetzesstand der Fall ist - auf die Möglichkeit eines Veranstaltungsbetriebs in seinem Lokal und damit auf die Verleihung einer Konzession haben kann, wird einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen. Auf dem Gebiete der Kinogesetzgebung wird vor allem die Filmvorführung, das Jugendverbot und die Frage der Schaffung einer entsprechenden Grundlage für eine vernünftige Planung für die Errichtung und Führung von Kinobetrieben in Wien sorgfältig geprüft werden.

Auch auf dem Gebiete der Kinogesetzgebung wird eine zusammenfassende gesetzliche Regelung an Stelle der bisherigen vielfältigen gesetzlichen Bestimmungen treten müssen.

Die Verwaltungsgruppe III befasst sich schon seit ungefähr 2 Jahren intensiv im Einvernehmen mit den übrigen Bundesländern mit der Neuregelung der Naturschutzgesetzgebung. Dies ist erforderlich, weil an Stelle der dzt. geltenden reichsrechtlichen Normen endlich wieder österreichische Vorschriften treten müssen. Der Gesetzentwurf ist unter dem Vorsitz eines Vertreters des Wiener Magistrates gemeinsam erarbeitet worden und befindet sich zur Stellungnahme bei den einzelnen Bundesländern.

Ein Entwurf einer Durchführungsverordnung ist ebenfalls in Vorbereitung. Zweck der neuen Regelung ist die Einführung möglichst einheitlicher Bestimmungen in ganz Österreich um eine vernünftige Handhabung der Bestimmungen zu sichern.

Bereits im Jahre 1945 hat die Verwaltungsgruppe III mit Rücksicht auf die völlige Veränderung der Rechtsgrundlage eine Neuregelung der Fremdenverkehrsförderung und zwar auf gesetzlicher Grundlage vorgeschlagen. Die Notzeit und die auch heute noch bestehenden Hemmungen für den Fremdenverkehr haben allerdings diese Regelung vorerst nicht dringlich erscheinen lassen. Nunmehr ist es aber aus den verschiedensten Gründen an der Zeit, in Wien eine entsprechende Ordnung der Fremdenverkehrswerbung durchzuführen, damit Wien nicht ins Hintertreffen gerät.

Fremdenverkehr ist verfassungsmäßig Landessache. Wenn auch bisher in Wien keine gesetzliche Regelung für die Fremdenverkehrsförderung bestand, so empfiehlt sich eine solche doch, um für die gesamte Förderungstätigkeit eine entsprechend klare Grundlage zu schaffen. Selbstverständlich werden bei der Schaffung der notwendigen Organisation in erster Linie und in entscheidendem Maße alle jene Kreise, die am Fremdenverkehr interessiert sind, zur Mitwirkung berufen sein. Die amtliche Betätigung wird sich jedenfalls nur auf das unerläßliche Mindestmaß - eben die fördernde Tätigkeit, beschränken.

Auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs gilt ähnliches wie für die Heimatpflege. Fremdenverkehr kann und darf niemals Angelegenheit des grünen Tisches sein, sondern Fremdenverkehrsförderer ist jeder Einwohner der Stadt in seinem Bereich. Daß die öffentliche Hand hier steuernd und mithelfend einzugreifen hat, ist klar, die Hauptaufgabe liegt aber auf den Schultern der einzelnen Bewohner dieser Stadt und zwar nicht vielleicht nur auf jenen, die unmittelbaren Nutzen aus dem Fremdenverkehr ziehen, wie etwa die Hoteliers, Gasthauser usw., usw., denn der Vorteil aus dem Fremdenverkehr kommt, wenn auch nicht deutlich sichtbar, immer der Gesamtheit zugute.

18. Dezember 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1787

Zu Massenbildungsmitteln sind in diesem Jahrhundert die Presse, der Film und der Rundfunk geworden. Gewiss stehen sie alle drei noch unverhältnismässig stark im Banne nur politischer und nur wirtschaftlicher Interessen. Zu den wichtigsten Aufgaben jeder Kulturpolitik des 20. Jahrhunderts gehört aber, die kulturelle Funktion dieser Massenbildungsmittel durchzusetzen.

Da unser Jahrhundert ein technisches Jahrhundert ist, kann es seine kulturelle Funktion niemals ohne die richtige quantitative und qualitative Verwendung aller technischen Errungenschaften im Dienste der Kulturarbeit erfüllen.

Die technische Ausrüstung unserer Volkshochschulen und Volksbüchereien zum Beispiel ist um Jahrzehnte zurückgeblieben. Das gilt im wesentlichen auch für unsere Pflicht- und Hochschulen und nicht weniger für unsere Berufsschulen. Das gilt für alle öffentlichen Einrichtungen und privaten Organisationen für Erwachsene, gleich ob es sich um Laienorchester oder Musikvereine, um Sport- oder Schachvereine handelt, um nur einzelne Beispiele hervorzuheben.

Da alle Kulturarbeit, wie glücklicherweise immer häufiger und immer allgemeiner hervorgehoben wird, nicht um ihrer selbst willen betrieben wird, sondern auch ein bedeutender, ja für Wien und Österreich sogar ein entscheidender Wirtschaftsfaktor ist, verdient nicht nur jedes sogenannte Kulturbudget, sondern jede Kulturarbeit überhaupt unter diesem Gesichtswinkel beurteilt zu werden. Nun hiesse es Wasser in die Donau tragen, eine Addition der Dutzende von Millionen vorzunehmen, die unsere gesamte Wirtschaftspolitik profitiert aus der kulturellen Arbeit unserer Stadt auf den verschiedensten Gebieten.

Es ist daher klar, dass jede Wirtschaftspolitik in Wien und in Österreich zum vollkommenen Scheitern verurteilt ist, die sich nicht aller Zusammenhänge mit einer im höchsten Grade aktivistischen Kulturpolitik bewusst ist. Diese wird immer mehr bestrebt sein müssen, nicht nur die Sünden und Kurzsichtigkeiten der Vergangenheit zu vermeiden, sondern auch gerade in Zeiten der materiellen Depression sich nicht mit öligen Kulturphrasen vor Aufgaben zu drücken, die man vielleicht einmal dann anzupacken gedenkt, wenn alle Häuser wieder gebaut sind und die materielle Not zum Teufel gejagt ist.

Schluss der Sitzung um 13.45 Uhr. Die Budgetverhandlungen werden am Montag, den 20. Dezember, um 9 Uhr früh, fortgesetzt.

Abschied von Georg Emmerling  
=====

Heute nachmittag fand in der Feuerhalle der Stadt Wien die Trauerfeier für den verstorbenen Vizebürgermeister i.R. Georg Emmerling statt, an der zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen. Viele Freunde des Verstorbenen, die mit Emmerling lange Jahrzehnte im Wiener Rathaus, in der sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und im öffentlichen Leben zusammen arbeiteten, waren bei dieser Feier erschienen, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Unter den Trauergeisten waren Minister Maisel, Altbürgermeister Seitz, Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Honay, Mitglieder des Städtensenes, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und viele persönliche Freunde, die die Trauerhalle bis zum letzten Platz füllten. Der Männerchor der Staatsoper Wien leitete die Trauerfeier ein, und die Wiener Symphoniker erfüllten den letzten Wunsch Georg Emmerlings, indem sie das Largo aus dem Cellokonzert Händels aufführten.

Im Namen der Stadt und der Wiener Bevölkerung verabschiedete sich von Georg Emmerling Bürgermeister Dr.h.c. Körner. Nach den Worten des Trostes an die Familienangehörigen gedachte er der Laufbahn des Verstorbenen, seines Aufstieges vom Drechslerlehrling zum hervorragenden Kommunalfachmann und Organisator der Städtischen Unternehmungen. Seit 1912 stand er im politischen Leben und stellte seine Kräfte in den Dienst der Stadt Wien. Mit dem Aufbau der städtischen Betriebe ist es ihm gelungen, auch die Arbeiterschaft an den modernen Errungenschaften teilhaft werden zu lassen, indem er Elektrizität und Gas auch den Wohnungen der Ärmsten zuführte.

Im Jahre 1945 sollte Emmerling Bürgermeister unserer Stadt werden, seine Gesundheit erlaubte ihm dies aber nicht mehr. "Und so nehme ich Abschied von diesem guten, konzilianten Menschen", sagte der Bürgermeister, "indem ich ihm versichern kann, daß sein Wirken unvergänglich in der Geschichte unserer Stadt eingeschrieben bleibt. Wir wollen ihn nicht vergessen und werden versuchen, seinem Beispiel nachzustreben."

Im Namen der Sozialistischen Partei überbrachte Vizebürgermeister Honay die letzten Grüße. Er erinnerte an Emmerlings Mitarbeit mit Dr. Viktor Adler und an alle seine Verdienste. Emmerlings sachliche Kritik sei auch von seinen politischen Gegnern immer anerkannt worden. Auch der Städtebund trage den Stempel seiner starken Persönlichkeit. Die Stadt Wien und seine arbeitende Bevölkerung bleiben ihm großen Dank schuldig. Sein Werk wird betreut und weiter ausgebaut.

#### Ankunft des 14. Transportes aus Jugoslawien

=====

Die Ankunft eines Heimkehrertransportes ist für die Wiener Bevölkerung noch immer ein herbeigesehntes Ereignis. Das bewies die große Menschenmenge, die sich heute nachmittag wieder vor dem Südbahnhof versammelt hatte, um auf die heimkehrenden Wiener und Niederösterreicher des 14. Transportes aus Jugoslawien zu warten. Zur Begrüßung hatten sich Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Stadtrat Afritsch und Bezirksvorsteher Schwendner auf dem Bahnhof eingefunden.

Mit einer kleinen Verspätung fuhr der Zug, der 263 Wiener, 169 Niederösterreicher und 41 Burgenländer mitbrachte, um 16.40 Uhr in die Halle ein. Von der Kapelle der Feuerwehr der Stadt Wien musikalisch begrüßt, versammelten sich die Angekommenen zum letzten Mal, um den Willkommgruß der Stadtverwaltung zu hören.

Nach der ersten Begrüßung durch Stadtrat Afritsch ergriff unter dem stürmischen Jubel der Heimkehrer Bürgermeister Dr.h.c. Körner das Wort. Er begrüßte die Heimkehrer herzlich und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß sie noch rechtzeitig gekommen seien, um das Weihnachtsfest in Wien zu erleben. Sie, die die Greuel des Krieges am eigenen Leib gespürt haben, mögen mithelfen, die Demokratie hochzuhalten, damit es endlich besser werden kann.

Wie immer bekamen die Heimkehrer eine warme Mahlzeit und ein Liebesgabenpaket in dem sich auch Zigaretten aus einer Spende der amerikanischen Quäkerhilfe befanden. Die Betreuung hatte der 19. Bezirk übernommen.

Bei Mutter Vacek und ihren fünfzehn Kindern  
=====

In der "Österreichischen Volksstimme" wurde am 16. Dezember eine Reportage über die kinderreiche Arbeiterfamilie Vacek gebracht, in der über die Not dieser Leute Klage geführt wird. Die Familie die aus 17 Personen besteht, muß auf der Hasenleiten in einer kleinen, armseligen Wohnung hausen. Der Mann verdient nur 248 Schilling in der Woche, sodaß das Geld nicht einmal für das Rayonierte langt. Im ganzen Haus gibt es nur 4 Paar Schuhe und niemand, weder die Gemeinde noch der Staat oder die Kirche, hilft diesen bedauernswerten Menschen. Das Blatt stellt zum Schluß die Frage, ob diese Familie nicht ein Recht darauf habe, daß ihr geholfen wird, die Last zu tragen, die ohne ihre Schuld zu schwer ist und zu schwer sein muß.

Zu diesem Fall, der nach den angeführten Schilderungen besonders krass zu sein scheint, wurden von der Gemeinde Wien genaue Erhebungen eingeholt, die ein völlig anderes Bild entwerfen. Es gibt keine einzige charitative Stelle in Wien, an die sich die Mutter der fünfzehn Kinder nicht schon um Unterstützung gewendet hätte. Aus den Akten der Fürsorge und des Jugendamtes ist ersichtlich, daß die in der Familie herrschende Not ausschließlich auf das unwirtschaftliche Verhalten der Eltern zurückzuführen ist. Das Gesamteinkommen der Familie dürfte in der letzten Zeit ungefähr 1.300 S monatlich betragen haben, wobei nicht feststeht, ob die letzte Lohnerhöhung in dieser Summe enthalten ist. Nach zuverlässigen Berichten von Kaufleuten, Ärzten, Kindergärtnerinnen, Briefträgern und anderen vertrauenswürdigen Personen wird nicht nur der größte Teil des Lohnes der Familie in Alkohol umgesetzt sondern auch sämtliche Geschenke, die ziemlich zahlreich einlangen, ganz gleich ob es sich um Bekleidung oder Nahrungsmittel handelt, veräußert und um diesen Betrag Wein und Rum gekauft. Außerdem ist festzustellen, daß zwei von den fünfzehn Nachkommen der Eltern nicht im gemeinsamen Haushalt leben. Fünf der Kinder waren vor längerer Zeit drei Monate hindurch mit einer Aktion der ÖVP im Waldviertel auf Erholung, ein Kind ist für einen Erholungsurlaub vorgemerkt. Weiters bekam ein Kind eine zeitlang jeden Monat ein bis zwei Lebensmittel

18. Dezember 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1791

pakete. Zu Weihnachten 1947 wurde die Familie durch den Alt Wiener-Bund beteiligt. Im Jahr 1948 bekam ein Kind Lederschuhe, die aber kurz darauf ins Versatzamt wanderten. Vom 1. Jänner 1947 bis 31. Jänner 1948 bezog die Familie vom Fürsorgeamt Simmering insgesamt 3.813 S an Bargeldunterstützungen. Die Kinder erhielten auch aus UNRRA-Spenden Kleidungsstücke. Ein Teil von ihnen nimmt an der Schulausspeisung teil, und hätte die Mutter ihre Kinder im Jugendamt angemeldet, so wären für alle in Frage kommenden Kinder Freiplätze im Kindergarten gewährt worden.

Es erübrigt sich darnach festzustellen, daß die Kleinen fast vollkommen verlaust und verwahrlost sind. Trotz den vielen Spenden konnte bis jetzt keine Besserung in der Lebenshaltung der Familie bemerkt werden, da die Eltern allem Anschein nach nicht wirtschaften können.